

JUS PRIVATUM

8

Dorothee Einsele

Wertpapierrecht
als Schuldrecht



J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

JUS PRIVATUM

Beiträge zum Privatrecht

Band 8

Wertpapierrecht als Schuldrecht

Funktionsverlust von Effektenurkunden
im internationalen Rechtsverkehr

von

Dorothee Einsele



J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Einsele, Dorothee:

Wertpapierrecht als Schuldrecht: Funktionsverlust von
Effektenurkunden im internationalen Rechtsverkehr/von
Dorothee Einsele. – Tübingen: Mohr, 1995

(Jus privatum; Bd. 8)

ISBN 3-16-146274-2

NE: Ius privatum

978-3-16-157958-5 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 1995 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Times-Antiqua belichtet, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier der Papierfabrik Niefern gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0940-9610

Vorwort

Die Abkehr vom Gegenständlichen, Faß- und Greifbaren verbunden mit der Entwicklung zu bloßen Computerbildern und -buchungen ist in vielen Lebensbereichen festzustellen. Nicht verwunderlich ist daher, daß diese Entwicklung auch die für unsere Wirtschaftsordnung so wesentlichen Kapitalmarktwertpapiere (Effekten) und deren Übertragung erfaßt. Ziel dieser Arbeit ist, die Rechtsfolgen, Chancen und Risiken dieser Entwicklung zu untersuchen. In Anbetracht der Internationalisierung der Wertpapiermärkte konnte dies sinnvollerweise nicht ohne einen Blick auf andere Rechtsordnungen geschehen. Daß hier die USA und Großbritannien zum Vergleich herangezogen wurden, ist zum einen in der Bedeutung dieser Staaten als Finanzplätze, zum anderen darin begründet, daß es besonders reizvoll erschien, Rechtsordnungen eines derart anders strukturierten Rechtskreises wie des anglo-amerikanischen den Regelungen und Rechtsproblemen des deutschen Rechts gegenüberzustellen. Damit konnten aber auch die Rechtsfolgen nicht unberücksichtigt bleiben, die die Entwicklung zu bloßen Buchungen im Bereich der Kapitalmarktwertpapiere und deren Übertragung für die Frage des anwendbaren Rechts mit sich bringt. Das Ergebnis, nicht so sehr der Gegenstand der Untersuchung, bildet den Haupttitel dieses Buches.

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 1991/92 von der Juristischen Fakultät der Universität Konstanz als Habilitationsschrift angenommen. Für die großzügige Förderung dieser Arbeit sei Herrn Professor Dr. Dr. Carsten Thomas Ebenroth ganz besonders gedankt. Meine Assistentenzeit an dem Zentrum für Internationale Wirtschaft der Universität Konstanz bot mir erst die Möglichkeit, mich in das Internationale Privatrecht und die Rechtsvergleichung einzuarbeiten. Auch hierfür sei Herrn Professor Dr. Dr. Carsten Thomas Ebenroth gedankt. Herzlich danken möchte ich meinen zahlreichen Kolleginnen und Kollegen für viele anregende Diskussionen sowie lebhaften, freundschaftlichen Meinungsaustausch während meiner Assistenten- und Habilitationszeit. Besonderen Dank schulde ich ferner Herrn Professor Dr. Werner F. Ebke, LL. M. (Berkeley) und Herrn Professor Dr. Karl-Heinz Fezer für die zügige Erstellung der weiteren Gutachten zu dieser Arbeit sowie die hierbei gegebenen wertvollen Hinweise.

Mein besonders herzlicher Dank gilt Herrn Dr. Barry A. K. Rider, Dean des Jesus College, Cambridge (England) für die vielfältige Unterstützung, die er

mir nicht nur im Rahmen meines Forschungsaufenthaltes in Cambridge zur Erstellung dieser Arbeit, sondern auch in der Folgezeit gewährte. Zu Dank verpflichtet bin ich ferner Herrn Marti G. Subrahmanyam, Research Professor of Finance and Economics, New York, der meinen Forschungsaufenthalt als visiting scholar an der New York University ermöglichte, sowie Herrn Professor Dr. Koresuke Yamauchi, der mir während meines Aufenthaltes an der Chuo-Universität in Tokio interessante Einblicke in die japanische Sichtweise verschaffte. Daneben waren mir zahlreiche weitere Organisationen bei meinen Recherchen zum tatsächlichen Ablauf der Effektenübertragung behilflich, wofür ich mich an dieser Stelle bedanken möchte. Genannt seien hier insbesondere Herr Rützel, Deutscher Kassenverein AG, Frankfurt a.M., Department of Trade and Industry, London, Depository Trust Company, New York, International Stock Exchange, London, sowie die Bank of England, London. Sie stellten mir nicht nur Material zur Verfügung, sondern beantworteten auch meine zahlreichen Fragen geduldig und umfassend.

Dank schulde ich ferner der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die mir zur Erstellung dieser Arbeit ein Habilitandenstipendium gewährte. Die Bewilligung mehrmonatiger Forschungsaufenthalte im Rahmen dieses Stipendiums ermöglichte es mir, den englischen und amerikanischen Teil dieser Arbeit in den betreffenden Ländern zu schreiben. Darüber hinaus habe ich der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Gewährung eines großzügigen Druckkostenzuschusses zu danken.

Konstanz, Heidelberg, Kiel im September/Oktober 1994 Dorothee Einsele

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Einleitung	1
1. Kapitel	
Funktionsverlust von Effektenurkunden im nationalen Recht	
A. Überblick über die Entwicklung zur Entmaterialisierung	7
I. Effekten und Grundsätze für deren Übertragung.	7
1. Inhaberschuldverschreibungen und -aktien	8
2. Namensschuldverschreibungen	9
3. Namensaktie	10
4. Investmentanteile	11
5. Begriff des Wertpapiers	11
II. Funktionsverlust der Effektenurkunden durch Entwicklung zu Schuldbuchforderungen und Sammelverwahrung	12
1. Sammelverwahrte verbrieft Effekten	12
2. Globalurkunden	13
3. Wertrechte	15
a) Eintragung von Forderungen im Reichsschuldbuch	15
b) Möglichkeit der Sammelverwaltung von Schuldbuchforderungen	17
c) Gleichbehandlung sammelverwahrter Schuldbuchforderungen mit sammelverwahrten Wertpapieren	18
d) Reichweite der Gleichstellungsfiktion	19
aa) Verdinglichung von Forderungsrechten?	19
bb) Geltung des Sachenrechts für Forderungen	20
4. Zentralverwahrung als Grundlage des Effektingeroververkehrs	21

B.	Einlieferung und Auslieferung von Einzelkunden als »Schnittstellen« der Sammelverwahrung	22
I.	Einlieferung von Wertpapieren in die Sammelverwahrung	22
1.	Sammeldepotfähigkeit der Wertpapiere	22
2.	Erwerb des Miteigentums am Sammelbestand gem. § 6 Abs. 1 DepotG	23
3.	Eigentumserwerb des bisherigen Rechtsinhabers gem. § 5 Abs. 2 DepotG	25
a)	Rechtsgeschäftlicher Miteigentumserwerb	25
b)	Rechtsgeschäftlich vermittelter Surrogationserwerb	27
4.	Schutz des bisherigen Rechtsinhabers	29
5.	Rechtsfolge: »Pyramide« von Depotverträgen	30
II.	Auslieferung von Wertpapieren aus der Sammelverwahrung	32
1.	Rechtsgeschäftliche Eigentumsübertragung	32
2.	Dinglicher Surrogationserwerb	34
C.	Tatsächliche Abläufe beim Effektenhandel sowie der Effektenübertragung	35
I.	Effektenhandel an der Börse	35
II.	Geschäftsabwicklung	37
1.	Zwischen Bank und Kunde	37
2.	Zwischen den Kreditinstituten	38
D.	Dingliche Einigung über den Eigentumsübergang beim Effektingeroverkehr i.e.S.	40
I.	Bestimmtheit des Verfügungsobjekts bei Übertragung von Miteigentum	40
II.	Person des Veräußerers i.S.d. gegenstandsbezogenen Wirkungen der dinglichen Einigung	42
1.	Durchgangseigentum der verkaufenden Bank?	43
2.	Bankkunde als Veräußerer i.S.d. gegenstandsbezogenen Wirkungen der dinglichen Einigung	44
III.	Person des Erwerbers	46
1.	Durchgangserwerb der Bank?	47
2.	Direkterwerb des Bankkunden	47
a)	Voraussetzungen des Geschäfts wen es angeht	48
b)	Grundsätzliche Zulässigkeit des Geschäfts wen es angeht	49
c)	Grundsätzliche Einwände gegen Geschäft wen es angeht im Effektingeroverkehr	50

d)	Bestimmung des Erwerbenden	52
e)	Gleichgültigkeit des Vertragspartners für den Veräußerer	54
f)	Fremderwerbswille der kaufenden Bank	55
aa)	Bedeutung von Ziff. 29 AGB-Banken	55
bb)	Sicherung durch Pfandrecht	57
IV.	Wirtschaftliche Risikotragung der Banken bei gegenstandsbezogenen Wirkungen der dinglichen Einigung zwischen veräußerndem und erwerbendem Anleger.	57
V.	Weitere Beteiligte an der dinglichen Einigung beim Effektengiroverkehr i.e.S.	58
1.	Kassenverein als verfügungslegitimierter Nichteigentümer?	58
2.	Veräußernde Bank als verfügungsbefugte Nichteigentümerin	59
3.	Kassenverein als Stellvertreter oder Bote des Erwerbers?	59
4.	Bedeutung der rechtlichen Funktion des Kassenvereins	60
5.	Tatsächliche Funktion des Kassenvereins	61
6.	Rechtliche Bewertung der Rolle des Kassenvereins und der veräußernden Bank	62
E.	Rechtliche Einordnung der Eigentumsübertragung in die §§ 929 ff. BGB beim Effektengiroverkehr i.e.S.	64
I.	Besitzmittlungsverhältnis zwischen Hinterleger/Miteigentümer und Verwahrern?	65
1.	Problemstellung.	65
2.	Voraussetzungen eines Besitzmittlungsverhältnisses.	66
a)	Entbehrlichkeit eines Herausgabeanspruchs für ein Besitzmittlungsverhältnis?	67
b)	Herausgabeanspruch Voraussetzung eines Besitzmittlungsverhältnisses	69
3.	Besonderheiten des Effektengiroverkehrs	71
4.	Dauerglobalurkunden.	72
a)	Ausschluß des Auslieferungsanspruchs.	72
b)	Herausgabeanspruch bei Funktionsstörungen im System des Effektengiroverkehrs?	73
5.	Girosammeldepotanteile, bei denen der Auslieferungsanspruch nicht ausgeschlossen ist	75
a)	Herausgabeanspruch gegen den Kassenverein?	75
aa)	Direktherausgabeanspruch gegenüber Drittverwahrer?	76
bb)	Kein Direktherausgabeanspruch gegen Drittverwahrer	77
b)	Herausgabeanspruch gegen die Geschäftsbank	79
c)	Herausgabeanspruch als Korrelat zum Übereignungsgegenstand?	80
aa)	Inhalt des Herausgabeanspruchs bei Miteigentum	80
bb)	Möglichkeit ideellen Bruchteilsbesitzes?	81
cc)	Auslieferungsansprüche gem. § 7 Abs. 1, 8 DepotG.	83
(1)	Rechtliche Qualifizierung der Ansprüche gem. §§ 7, 8 DepotG	83

(2) Mitbesitz durch gemeinsam auszuübende Herausgabeansprüche aller Hinterleger/Miteigentümer an alle Hinterleger/Miteigentümer?	85
6. Kein Besitz der Hinterleger/Miteigentümer am Sammelbestand	88
II. Rechtliche Einordnung der Eigentumsübertragung bei fehlendem Besitz	89
1. Eigentumsübertragung gem. §§ 929, 931 BGB?	89
2. Eigentumsübertragung gem. § 929 BGB	90
F. Weitere Rechtsprobleme eines Effektengiroverkehrs auf der Grundlage von Besitzmittlungsverhältnissen	91
I. Einordnung der Eigentumsübertragung in die §§ 929 ff. BGB beim Effektengiroverkehr i. e. S.	91
1. Eigentumsübertragung gem. §§ 929, 931 BGB	91
a) Abtretung eines Herausgabeanspruchs?	91
b) Fortbestehen von Pfand- und Zurückbehaltungsrechten	93
2. Eigentumsübertragung gem. §§ 929, 930 BGB	94
3. Eigentumsübertragung gem. § 929 BGB	96
II. Rechtsscheinerwerb	97
1. Maßgebliche Vorschriften für Rechtsscheinerwerb im Effektengiroverkehr	98
a) Guter Glaube an das Eigentum?	98
b) Guter Glaube an die Verfügungsbefugnis	100
2. Besitz als Rechtsscheinträger?	101
a) Besitz keine Voraussetzung der §§ 932 ff. BGB	101
b) Disposition über den Besitz als Rechtsscheinträger	103
3. Rechtsscheinerwerb bei Veräußerung von Miteigentum	105
a) Disposition über Mitbesitz kein geeigneter Rechtsscheinträger für Miteigentumshöhe	105
b) Verkehrsgeschäft bei Anteilsübertragungen unter Miteigentümern	107
c) Rechtsscheinerwerb im Effektengiroverkehr	109
aa) Verfügender im Sinn des Rechtsscheintatbestandes	109
bb) Kein Rechtsscheinerwerb gem. §§ 929, 932 BGB	111
4. Besonderheiten des Jungscheingiroverkehrs	113
III. Übertragung des Eigentums von der Bank auf den Kunden	114
1. Depotrechtliche Sonderregelung der §§ 18 Abs. 3, 24 Abs. 2 DepotG	115
2. Abtretung des Herausgabeanspruchs gem. §§ 929, 931 BGB	116
3. Antizipierte Einigung und Insichgeschäft gem. §§ 929, 930 BGB	116
4. Antizipierte Einigung und antizipiertes Besitzkonstitut gem. §§ 929, 930 BGB	117
5. Kein gutgläubiger Erwerb	119

G. Verpfändung und Pfändung von Wertpapieren	119
I. Verpfändung von Einzelkunden	119
1. Bestellung von Pfandrechten an einzelnen Inhaber- und Orderpapieren	119
2. Pfandrecht der Banken gem. Ziff. 14 AGB-Banken	121
3. Pfandrecht durch Rechtscheinerwerb	122
a) Pfandrecht durch Rechtscheinerwerb gem. Ziff. 14 AGB-Banken bei Einkaufskommission?	123
b) Pfandrecht durch Rechtscheinerwerb des Drittkommissionärs?	124
II. Verpfändung von Girosammeldepotanteilen	125
1. Verpfändung bei Annahme von Besitz der Hinterleger	125
2. Verpfändung bei fehlendem Besitz der Hinterleger	127
3. Gesetzliche Sicherungsrechte des Kommissionärs	129
III. Pfändung	132
H. Rechtssicherungsmöglichkeiten und -verwaltung für den Wertpapierinhaber	134
I. Ausschluß redlichen Erwerbs bei Einzelkunden	134
1. Problematik	134
2. Bekanntmachung im Bundesanzeiger	135
3. Verlustanzeige an die »Wertpapiermitteilungen«	137
4. Europarats-Übereinkommen über eine internationale Opposition bei international gehandelten Inhaber-Wertpapieren	138
5. Kraftloserklärung von Wertpapieren	139
a) Aufgebotsverfahren	139
b) Wirkung des Ausschlußurteils	141
c) Zahlungssperre	143
II. Ausschluß redlichen Erwerbs girosammelverwahrter Wertpapiere bei grundsätzlicher Eröffnung des Rechtscheinerwerbs	144
1. Rechtsfolgen bei Einlieferung von Urkunden, die von Opposition betroffen sind oder betroffen werden	144
a) Prüfungspflicht der Bank auf Lieferbarkeit der Wertpapiere	144
b) Keine materiellrechtliche Wirkung der Opposition bei oder nach Einlieferung der Wertpapiere in Girosammelverwahrung	145
c) Rechtsverlust des materiell Berechtigten durch Verfügungen des Buchberechtigten	146
2. Spezifische Möglichkeiten des Ausschlusses redlichen Erwerbs bei girosammelverwahrten Wertpapieren	149
III. Depotverwaltung unter besonderer Berücksichtigung des Bedeutungsverlusts der Urkunde	151
1. Rechtsnatur des Depotvertrags	152

2. Verwaltungspflichten der Banken	152
a) Inkassopflichten	152
b) Benachrichtigungspflichten	154
c) Prüfungspflichten	154
d) Stimmrechtsausübung	155
J. Ergebnis und Ausgangspunkt von Rechtsentwicklungsmöglichkeiten	157

2. Kapitel

Rechtsfortbildung und -entwicklung vor dem Hintergrund des Funktionsverlusts von Effektenurkunden

A. Rechtsfortbildung der h. M. mit Buchung als Rechtsscheinträger	161
I. Buchung als Rechtsnachweis	161
II. Richtigkeitsgewähr der Buchung	163
1. Depotbücher als Register mit Vertrauensschutzfunktion	163
2. Sicherungsmechanismen im Abwicklungsvorgang	163
3. Vorschriften für die Depotführung	165
a) Depotbücher	165
b) Funktionstrennung	166
4. Depotprüfung	168
5. Depotabstimmung	169
a) Jährlicher Depotauszug	169
b) Genehmigungsfiktion bei Schweigen des Kunden	170
6. Richtigkeitsgewähr keine Voraussetzung für Rechtsscheinträger	171
III. Probleme bei Rechtsfortbildung mit Buchung als Rechtsscheinträger	172
1. Ausschluß anderer Übertragungsformen als durch Einigung und Umbuchung?	172
2. Qualität der Buchung als Rechtsscheinträger	173
a) Differenzierung zwischen Buchung des Kassenvereins und sonstiger Kreditinstitute?	173
b) Buchung ein vom Vertrauenden gesetzter Rechtsschein	174
c) Publizität der Buchung?	176
3. Tatbestandsvoraussetzung der Redlichkeit	177
a) Organisationsmängel beim Verfügenden	178
b) Problematik der Zurechnung der Unredlichkeit des Kassenvereins	180
c) Möglichkeiten des Rechtsinhabers, Redlichkeitserwerb auszuschließen	181
d) Bedeutungsverlust der Tatbestandsvoraussetzung der Redlichkeit	183
4. Verlustverteilung	185
a) Verlustverteilung bei belastenden Gegenbuchungen	185
b) Verlustverteilung bei fehlenden belastenden Gegenbuchungen	187
aa) Verhältnismäßige Verlustverteilung gem. § 7 Abs. 2 S. 1 DepotG?	187

bb) Bestimmtheit des Verfügungsobjekts?	188
cc) Keine vollständige Aufgabe der Rechtsscheinposition des Veräußerers.	190
5. Risikoquellen für Verfügungen Nichtberechtigter	190
6. Schadensersatzansprüche des Kunden bei Rechtsverlust?	193
a) Beweislast für Anspruchsgegner.	193
b) Schutzzumfang des Konkursvorrechts gem. § 32 DepotG	195
7. Notwendigkeit eines umfassenden Verkehrsschutzes.	197
B. Rechtsprobleme und Rechtsfolgen der Emission unverbriefter Wertrechte	198
I. Zulässigkeit der Emission unverbriefter Effekten	198
II. Entstehung der Verpflichtung aus dem Wertrecht	201
1. Rechtsentstehung bei Wertpapieren	201
2. Rechtsentstehung bei Wertrechten	202
a) Neutrales Wertrechtsregister	202
b) Depotauszug des Emittenten	204
III. Konkurs- und Vollstreckungsschutz	205
IV. Schadensersatzansprüche des Rechtsinhabers wegen Verletzung eines absolut geschützten Rechts bei Eingriffen in Effekten	206
1. Regelmäßig ausreichender Schutz des Rechtsinhabers durch vertragliche und bereicherungsrechtliche Ansprüche	206
2. Schutzzumfang des § 823 Abs. 1 BGB bei verbrieften einzelnen Effekten	207
3. Schutzzumfang des § 823 Abs. 1 BGB bei girosammelverwahrten verbrieften oder unverbrieften Effekten.	208
a) Schutz von Mitgliedschaftsrechten durch § 823 Abs. 1 BGB	208
b) Schutz von Inhaberschuldverschreibungen durch § 823 Abs. 1 BGB	209
aa) Forderungszuständigkeit grundsätzlich kein absolut geschütztes Recht	209
bb) Forderung bei Publizität absolut geschütztes Recht	210
cc) Forderungsschutz im Effekten giroverkehr.	210
C. Zusammenfassung	211

3. Kapitel

Funktionsverlust von Effektenurkunden im englischen Recht

A. Grundsätze des Wertpapierrechts und der Wertpapierübertragung	215
I. Registrierte Aktien englischen Rechts	215

II. Übertragung einer registrierten Aktie	216
1. Form der Übertragung.	216
2. Übergang der rechtlichen und wirtschaftlichen Inhaberstellung (Equitable und Legal Ownership)	219
a) Zweiteilung von Common Law und Equity	219
b) Bedeutung des Verkehrsschutzes im englischen Vertragsrechts	220
c) Übergang der rechtlichen Inhaberstellung (Legal Ownership)	222
d) Übergang der wirtschaftlichen Inhaberstellung	224
3. Fragen der Priorität	226
III. Estoppel-Prinzip als Form des Vertrauensschutzes.	227
1. Grundsätzlich kein Vertrauensschutz bei Fälschung	228
2. Präklusion (Estoppel) der Gesellschaft in Form von Schadensersatz- bzw. Freistellungspflichten der Gesellschaft	229
a) Estoppel wegen falscher Verlautbarungen des Einzahlungsbetrags	229
b) Estoppel wegen falscher Verlautbarung der Rechtsinhaberschaft	229
3. Estoppel gegenüber dem Inhaber in Form einer Art Rechtsscheiner- werb	232
a) Bei vollmachtswidrigem Handeln eines Vertreters.	232
b) Bei sonstiger Ermöglichung der rechtswidrigen Verfügung	234
IV. Sonstige Effekten und deren Übertragung	235
V. Zwischenergebnis	237
B. Effektenhandel und -übertragungen an der International Stock Exchange	238
I. Aufsichtsrechtliche und tatsächliche Rahmenbedingungen für den Abschluß von Börsengeschäften	238
II. Wertpapierübertragungen für »Residuals«	239
1. Tatsächliche Abläufe der Wertpapierübertragung	239
2. Übergang der Nutzungsrechte	241
3. Rechtsfolgen bei Nichterfüllung.	242
III. TALISMAN-System	243
1. Übertragung der Werte auf Sepon	244
2. Geschäftsabwicklung und Übertragung der Werte auf den Käufer	245
3. Besonderheiten bei institutionellen Investoren	247
4. Wesentliche Kennzeichen des TALISMAN-Systems.	248
5. Übergang der wirtschaftlichen Eigentümerstellung mit Zuteilung der Werte	249
6. Dividenden- und Zinszahlungen, Bezugsangebote und Stimmrechte.	251
7. Estoppel im TALISMAN-System.	252

IV. TAURUS-System und Nachfolgekonzept CREST	253
1. Voraussetzungen der Teilnahme am TAURUS-System	254
2. Typen von Wertrechtskonten im TAURUS-System	255
3. Übertragung der in Taurus verbuchten Werte	258
4. Wesentliche Kennzeichen des TAURUS-Systems	260
5. Mitgliedschaftsrechte und -pflichten im TAURUS- und CREST-System.	262
V. Buchungssystem für Staatspapiere (Gilt-Edged Market)	263
1. Voraussetzungen der Teilnahme.	263
2. Einlieferung und Auslieferung der Staatspapiere als »Schnittstellen« des Central Gilts Office-Buchungssystems	265
a) Einlieferung in das Central Gilts Office-Buchungssystem	265
b) Auslieferung aus dem Central Gilts Office-Buchungssystem	266
3. Übertragung von Werten im »Central Gilts Office«-Buchungssystem	268
a) Tatsächlicher Ablauf bei der Übertragung von CGO-Werten.	268
b) Übertragung der Rechte an Central Gilts Office-Werten	269
aa) Übergang der (rechtlichen bzw. wirtschaftlichen) Inhaberstellung	270
bb) Kein redlicher Rechtserwerb	271
4. Zinszahlungen, Umwandlungen und Tilgungen	273
C. Sicherungsrechte an Wertpapieren.	274
I. Sicherungsrechte an einzelnen Wertpapieren	274
1. Legal Mortgage	274
2. Equitable Mortgage	275
3. Equitable Charge und Pledge	275
II. Sicherungsrechte beim massenweise praktizierten Effektenhandel	276
1. »Continuations« oder »Contangos«	277
2. Sicherungsrechte im TALISMAN-System	278
a) Kurzfristige Sicherheit	278
b) Aktiendarlehen (»Stock Loan«).	279
c) Möglichkeit der Begründung »gewöhnlicher« Sicherungsrechte im TALISMAN-System	279
3. Sicherungsrechte im TAURUS-System	280
4. Sicherungsrechte im Central Gilts Office-Buchungssystem	281
a) Sicherheiten mit langer Laufzeit	281
b) Sicherheiten mit kurzer Laufzeit.	282
aa) »Overnight Collateral Chits«	282
bb) »Delivery-by-Value«.	282
c) Aktiendarlehen	283
d) Möglichkeit der Begründung »herkömmlicher« Sicherungsrechte im Central Gilts Office-Buchungssystems	283

D. Probleme der Zwischenschaltung von Teilnehmerfirmen bzw. »Nominees« in den Systemen der Wertpapier- und Wertrechtsübertragung	284
I. Grundsätze der Priorität	284
1. Erwerb der Eigentümerstellung nach Common Law bei Bestehen eines Equity-Rechts	285
2. Erwerb eines Equity-Rechts bei Bestehen eines Equity-Rechts	287
II. Wirtschaftlicher Verlust von Investoren bei Insolvenz von Brokern bzw. Teilnehmerfirmen	288
1. Person des Berechtigten und Verpflichteten eines Börsengeschäfts (Problem von »Privity«)	288
2. Problem von »Privity« in den Systemen der Wertpapier- und Wertrechtsübertragung	290
3. »Running Accounts«	291
4. Zeitpunkt des Übergangs der wirtschaftlichen Eigentümerstellung bei Broker/Dealer, der für den Käufer und Verkäufer tätig wird	293
5. Vermischung und Vermengung von Kundenwerten mit Eigenwerten des Brokers sowie anderen Kundenwerten	294
6. Problematik der Vermischung und Vermengung von Kundenwerten in den Systemen der Wertpapier- und Wertrechtsübertragung	296
7. Gefahr eines Dominoeffekts bei Insolvenz eines Teilnehmers	297
E. Zusammenfassung	299

4. Kapitel

Funktionsverlust von Effektenurkunden im US-amerikanischen Recht

A. Überblick über die Entwicklung zur Entmaterialisierung.	302
B. Grundsätze der Wertpapier- und Wertrechtsübertragung	305
I. Begriff der Investment Securities	305
II. Allgemeine Möglichkeiten der Übertragung von Wertpapieren und unverbrieften Wertrechten (ohne Einschaltung einer Wertpapiersammelbank)	308

III. Weitere regelmäßige Voraussetzungen der Einzelübertragung verbriefter und unverbriefter »Registered Securities«	310
1. Indossament bei »Registered Securities«	310
2. Weisung (Instruction) bei unverbrieften Wertrechten	312
3. Indossament bzw. Weisung durch Nichtberechtigten	312
IV. Registrierung der Übertragung durch den Emittenten	314
1. Rechtliche Funktion	314
2. Voraussetzungen der Registrierung	315
a) Vorlage des Papiers	315
b) Unterschriftsgarantie	316
c) Rechtmäßigkeit der Übertragung	316
aa) Rechte Dritter	317
bb) Sonstige Rechtswidrigkeit der Übertragung	318
d) Besonderheiten bei unverbrieften Werten	320
3. Schadensersatzpflicht der an der Registrierung Beteiligten	321
4. Zusicherungen (Warranties) dessen, der die Registrierung beantragt	322
C. Besonderheiten bei Einschaltung von Wertpapiersammelbanken	323
I. Clearing-Gesellschaften	323
II. Einbeziehung von Werten in die Girosammelverwahrung	325
1. Voraussetzungen der Sammelverwahrbarkeit	325
2. Wirkung der Einbeziehung in die Sammelverwahrung	325
III. Tatsächlicher Ablauf der Wertpapierübertragung bei Einschaltung einer Wertpapiersammelbank	326
1. Street-Side Settlement	327
2. Customer-Side Settlement	329
IV. Spezielle Möglichkeiten der Übertragung von Wertpapieren und unverbrieften Wertrechten bei Einschaltung einer Wertpapiersammelbank	330
1. Begriff der Wertpapiersammelbank i.S.d. UCC	330
2. Übertragung durch Umbuchung	331
V. Vergleich der Übertragungsarten	333

D. Rechtsfolgen der Übertragung	334
I. Erwerb der Rechtsstellung des Veräußerers	334
II. Rechtsscheinerwerb (Bona Fide Purchase)	335
1. Allgemeine Voraussetzung: Gutgläubiger und entgeltlicher Erwerb	335
2. Einschaltung Dritter beim Rechtserwerb	337
3. Besonderheiten unverbriefter Werte	338
a) Initial Transaction Statement und Mitteilung an den Eingetragenen	338
b) Rechtliche Funktion von Initial Transaction Statement und Mitteilung an den Eingetragenen	340
4. Gesetzlich geregelte Fälle der Kenntnis von »Adverse Claims«	341
5. Möglichkeiten gutgläubigen Erwerbs bei verschiedenen Arten der Wertpapierübertragung	342
E. Wirtschaftliche Risikoverteilung bei Veräußerung von Effekten unter besonderer Berücksichtigung von Brokergeschäften.	344
I. Übertragungspflichten des Verkäufers bei Einschaltung von Brokern	345
II. Zusicherungen (Warranties) bei der Veräußerung	347
1. Wertpapiere	347
2. Unverbriefte Wertrechte	348
3. Zusicherungen (Warranties) bei der Veräußerung eingeschalteter Dritter	349
III. Gesetzliche Formvorschriften (Statute of Frauds)	350
F. Besonderheiten unverbriefter Werte: Periodische »Kontoauszüge« (Periodic Statements)	351
G. Sonstige Rechte an Wertpapieren und Wertrechten	352
I. Rechtsgeschäftlich bestellte Sicherungsrechte an Wertpapieren und Wertrechten	352
1. Wertpapiere	353
a) Verpfändung von Einzelkunden	353
b) Verpfändung sammelverwahrter Wertpapierurkunden und Probleme der Neuregelung von UCC § 8	356
c) Rechtsfolgen der Verpfändung	357

2. Besonderheiten unverbriefter Wertrechte	358
a) Verpfändung einzelner unverbriefter Wertrechte	358
b) Verpfändung sammelverwahrter unverbriefter Wertrechte . .	361
II. Pfändungen.	361
H. Rechtsfolgen der Entwicklung zur Entmaterialisierung	363
I. Rechtsfolgen der Registrierung in »Street Name« und der Sammelverwahrung	363
1. Kommunikation zwischen Gesellschaft und wirtschaftlichen Eigentümern	363
2. Rechtsstellung der Kunden im Broker-Konkurs	365
a) Rechtliche Qualifikation als Kundeneigentum	365
b) Vorschriften zur Sicherung und Erhaltung des Kundeneigentums	367
c) Securities Investor Protection Corporation	369
d) Ergebnis	371
3. Zusicherungen (Warranties) des Verkäufers von Miteigentumsanteilen.	371
II. Probleme und Rechtsfolgen bei Übertragung unverbriefter Wertrechte	372
1. Tatsächliche Nachteile unverbriefter Wertrechte	372
2. Konkurrenz verschiedener Rechtsscheinträger	373
3. Nachrangige Sicherungsrechte	375
4. Unterschiedliche rechtliche Behandlung verbrieft und unverbriefter Werte.	376
5. Angleichung der rechtlichen Behandlung verbrieft und unverbriefter Werte bei Sammelverwahrung durch Clearing-Gesellschaften	378
J. Regierungsanleihen	378
I. Bundesrechtliche Sonderregelungen für Regierungswerte	378
II. Rechtsprobleme bei Regierungsanleihen	381
1. Rechtliche Qualifikation und Behandlung von Regierungsanleihen	381
2. Möglichkeit gutgläubigen Erwerbs von Regierungsanleihen für Kunden.	384

III. Weitere Stufen der »Immobilization« bei Regierungswerten . . .	387
K. Zusammenfassung	389

5. Kapitel

Grenzüberschreitende Wertpapiertransaktionen und Funktionsverlust von Effektenurkunden im nationalen Recht

A. Internationalprivatrechtliche Grundsätze beim Effektenhandel mit Auslandsberührung	392
I. Geltungsbereich und Regeln des Schuldstatuts	392
1. Verhältnis Kunde – beauftragte Bank	392
a) Rechtswahlvereinbarung	392
b) Mangels Rechtswahl anwendbares Recht	393
aa) Ausführung von Aufträgen im Wege der einfachen Kommission	393
bb) Ausführung von Aufträgen im Wege des Selbsteintritts	394
cc) Ausführung von Aufträgen im Wege des Eigenhandels	395
2. Verhältnis Bank – ausländischer Vertragspartner	397
II. Geltungsbereich und Regeln des Wertpapierrechtsstatuts	397
III. Geltungsbereich und Regeln des Wertpapiersachstatuts	399
IV. Divergenzen von Wertpapierrechts- und Wertpapiersachstatut.	400
1. Gutgläubiger Erwerb	400
2. Beendigung der »Verkörperungswirkung« von Wertpapieren.	402
B. Wertpapierhandel bzw. -übertragungen in ausländischen Effekten	404
I. Geschäfte in ausländischen Effekten, die im Inland amtlich gehandelt werden	405
1. Geschäfte in inlandsverwahrten ausländischen Effekten	405
2. Gegenseitige Kontenverbindung.	406
II. Im Inland nicht amtlich gehandelte ausländische Original-Effekten	409
1. Auslandsverwahrung	409
2. Bedeutungsverlust von Urkunden durch Verschaffung schuldrechtlicher Ansprüche	410

3. Rechtlicher Inhalt und Qualifizierung der Gutschrift in Wertpapierrechnung	412
a) Problematik der Eigentumsverschaffungspflicht	412
b) Lieferungspflicht als begrenzte Gattungsschuld	415
c) Gutschrift als abstraktes Schuldanerkenntnis	416
d) Abstraktes Schuldanerkenntnis als Leistung erfüllungshalber?	417
4. Vertragliche Ausgestaltung der Rechtsbeziehungen beim Treuhandgiroverkehr	419
a) Rechtsverhältnis zwischen Kunde und Kreditinstitut	419
b) Rechtsverhältnis zwischen Kreditinstitut und Auslandskassenverein.	422
5. Rechtsstellung des Kunden und der Banken bei schuldrechtlichem Lieferungsanspruch	424
a) Vollstreckungen gegen Inlandsbanken	424
aa) Voraussetzungen von Treuhandeigentum	425
(1) Unmittelbarkeitsprinzip der Rechtsprechung	425
(2) Offenkundigkeitserfordernis	426
(3) Bestimmtheit des Treuguts.	427
bb) Gutschrift in Wertpapierrechnung als Treugut	429
cc) Geltung deutschen Rechts bei Konkurs von Inlandsbanken	431
(1) Problematik der Anerkennung des deutschen Konkurses durch den ausländischen Belegenheitsstaat	431
(2) Internationalprivatrechtliche Qualifizierung der Treugeberposition gemäß den Grundsätzen des EGBGB	433
(3) Haager Übereinkommen über das auf Trusts anzuwendende Recht und über ihre Anerkennung	435
dd) Schutz des Bankkunden bei Insolvenz einer Inlandsbank.	436
ee) Vergleich zwischen Aussonderung wegen Treuhandeigentum und Konkursvorrecht gem. § 32 DepotG	437
b) Vollstreckungen gegen verwahrende Auslandsbanken	438
6. Übertragung des schuldrechtlichen Lieferungsanspruchs	439
a) Übertragung entsprechend der Giroüberweisung	439
b) Nichtberechtigung des Veräußerers als wirtschaftliches Risiko der Bank	440
c) Rechtsfolgen bei Fehlüberweisungen	441
7. Verpfändung des schuldrechtlichen Lieferungsanspruchs	442
a) Verpfändung gemäß den Regeln der Forderungsübertragung	442
b) Rechtsprobleme der Verpfändung an die Depotbank	443
c) Abhängigkeit der Verpfändungswirkungen vom Wertpapierstatut	444

8. Bedeutung der Belegenheit des Papiers in sonstigen Rechtsbereichen	446
a) Versicherungsaufsichtsgesetz	446
b) Steuerrecht	447
c) Internationales Enteignungsrecht	448
aa) Anerkennungsvoraussetzungen für Enteignungen.	448
bb) Belegenheit von verbrieften Rechten	449
III. Börseneinführung ausländischer, nicht fungibler Werte	451
1. Zweitverbriefung durch Globalurkunde	451
2. Inhalt der zweitverbrieften Rechte.	452
3. Rechtsfolgen der Zweitverbriefung und deren Bewertung	455
C. Rückwirkungen des Funktionsverlusts der Urkunde auf den Grundsatz der <i>lex rei sitae</i>	456
I. Abweichungen vom Grundsatz der <i>lex rei sitae</i>	456
1. In der Rechtsprechung	456
2. Bei <i>res in transitu</i>	457
3. Bei Transportmitteln	458
4. Beim internationalen Versendungskauf.	459
5. Mögliche Konsequenzen für den internationalen Wertpapierhandel	460
II. Historische Entwicklung des Grundsatzes der <i>lex rei sitae</i>	461
1. Grundsatz der <i>lex rei sitae</i> bei Immobilien	461
2. Entwicklung des Grundsatzes der <i>lex rei sitae</i> bei Mobilien	462
3. Berechtigung des Grundsatzes der <i>lex rei sitae</i> bei Mobilien, insbesondere Wertpapieren	464
III. Entwicklungsmöglichkeiten des Grundsatzes der <i>lex rei sitae</i> bei Verfügungen über Wertpapiere und Wertrechte.	466
1. Bedeutung der internationalprivatrechtlichen Anknüpfung bei grenzüberschreitenden Effektenübertragungen	466
2. Internationalprivatrechtliche Anknüpfung an die Buchung	468
a) Maßgebliche Buchung bei grenzüberschreitenden Effektenübertragungen	468
b) Divergenzen der Rechtsordnungen bei grenzüberschreitenden Effektenübertragungen.	470
c) Mangelnde Berechtigung der zwingenden Anknüpfung an Buchungen	472
3. Rechtswahlmöglichkeit bei dinglichen Rechtsgeschäften.	472

4. Einschränkungen der Rechtswahlmöglichkeit durch Art. 33 Abs. 1, 2 EGBGB	474
a) Rechtswahlmöglichkeit bei Forderungsabtretungen.	475
b) Schuldnerschutz gem. Art. 33 Abs. 2 EGBGB bei Effektenübertragungen	478
D. Zusammenfassung	479

6. Kapitel

Grenzüberschreitende Wertpapiertransaktionen im anglo-amerikanischen Recht

A. Großbritannien	483
I. Internationalprivatrechtliche Grundsätze beim Effektenhandel mit Auslandsberührung.	483
1. Vertragsrechtliche Wirkung des »Sale«	483
2. Eigentumsrechtliche Wirkungen des »Sale«	484
a) Anwendbarkeit der <i>lex rei sitae</i> auf Sachen	484
b) Gründe für die Anwendbarkeit der <i>lex rei sitae</i> auf Sachen.	486
c) Anwendbarkeit der <i>lex rei sitae</i> auf (englische) Effekten	487
aa) Bedeutung des Wertpapierrechtsstatuts für Anwendbarkeit der <i>lex rei sitae</i>	487
bb) Abhängigkeit der Übertragungsmöglichkeiten vom Wertpapiersachstatut	489
3. Rechtsfolgen der zunehmenden Entmaterialisierung für die internationalprivatrechtliche Anknüpfung.	491
a) Shares	491
b) Negotiable Instruments.	491
II. Wertpapierhandel und – übertragungen in ausländischen Effekten.	493
III. Zusammenfassung	495
B. USA	497
I. Kapitalmarktregeln für ausländische Originalwertpapiere	497
1. Securities Act	498
2. Securities Exchange Act	501
3. Anti-Betrugsregelungen	502
4. Sondervorschriften für Investmentgesellschaften	503

II. Internationalprivatrechtliche Grundsätze beim Effektenhandel mit Auslandsberührung	503
1. Grundsätzliche Rechtswahlfreiheit der Parteien gem. UCC § 1–105	504
2. Sonderregelung des UCC § 8–106 für Effekten	506
a) Abgrenzung des UCC § 8–106 von anderen kollisionsrechtlichen Regelungen	506
b) UCC § 8–106 als Regelung des Wertpapierrechtsstatuts	509
3. Bedeutung der Belegenheit der Urkunde für Wertpapierübertragungen	509
a) Belegenheit der Sache als Regel für die gerichtliche Zuständigkeit	510
b) Eigenständige Bedeutung der Wertpapierurkunde als Grundvoraussetzung der Anwendbarkeit der <i>lex rei sitae</i>	510
c) Rechtsprechung zur Anwendbarkeit der <i>lex rei sitae</i>	512
d) Restatement of the Law Second zur Anwendbarkeit der <i>lex rei sitae</i>	514
aa) Kollisionsregel für Mobilien	514
bb) Kollisionsregel für Wertpapiere	516
e) Einschränkungen der Anwendbarkeit der <i>lex rei sitae</i> in der Rechtsprechung	517
f) Einschränkungen der Anwendbarkeit der <i>lex rei sitae</i> durch einzelstaatliches Recht	518
4. Rechtsfolgen der zunehmenden Entmaterialisierung für die internationalprivatrechtliche Anknüpfung	519
III. Wertpapierhandel und -übertragungen in ausländischen Effekten	522
1. Überblick	522
2. American Depositary Receipts – Rechtliche Funktion einer Zweitverbriefung	523
a) Rechtliche Entwicklung von American Depositary Receipts	523
b) Formen und Inhalt von American Depositary Receipts	524
c) Übertragung von American Depositary Receipts	526
3. US-amerikanische Kapitalmarktregeln für American Depositary Receipts	527
a) Grundsätzliche Unterscheidung der ADRs von den zugrundeliegenden Originalwertpapieren	528
b) Erleichterte Form der Registrierung von ADRs gem. Formular F-6	529
aa) Voraussetzungen hinsichtlich der Originalwertpapiere	529
bb) Notwendige Informationen und Urkunden für Formular F-6	531

cc) Grundsätzlich keine Emittentenhaftung	533
c) Zusammenfassung	533
4. Gesamtbewertung von American Depositary Receipts	535
a) Rechtliche Probleme	535
b) Rechtliche Vorteile?	537
5. Übertragungen ausländischer Originaleffekten im Ausland	539
6. Rechtliche Probleme von Kontenverbindungen	541
IV. Zusammenfassung	542

7. Kapitel

Modell eines Effektingiroverkehrs auf treuhandrechtlicher Grundlage

A. Ausgangspunkt: Ergebnis des Ländervergleichs	545
B. Effektingiroverkehr auf der Grundlage der Ermächtigungstreuhand	551
I. Rechtsgeschäftliche Verfügungsermächtigung	551
1. Verfügungsermächtigung des Hinterlegers an den Verwahrer	551
2. Depotgesetzlich vorgesehene Fälle von Verfügungsermächtigungen	552
3. Ermächtigungstreuhand im heutigen Effektingiroverkehr	553
4. Rechtliche Schwächen einer rechtsgeschäftlichen Verfügungsermächtigung	555
a) Unwirksamkeit der Verfügungsermächtigung eines Nichtberechtigten	555
b) Ausgestaltung der Einlieferung von Wertpapieren als rechtsgeschäftlicher Erwerbstatbestand	555
c) Kein lückenloser Verkehrsschutz.	557
II. Gesetzliche Verfügungsermächtigung	558
1. Gutschriftsbuchungen ohne belastende Gegenbuchung	558
2. Systemkonformität einer gesetzlichen Verfügungsermächtigung?	559
C. Effektingiroverkehr auf der Grundlage der fiduziarischen Treuhand	561
I. Kassenverein als fiduziarischer Treuhänder	561
1. Treuhand im Rechtssinne	562
2. Effektenübertragung in Anlehnung an Giroüberweisung	563
a) Verkehrsschutz durch Einwendungsausschluß	564

b) Fehlbestand	566
c) Kondiktionsansprüche der überweisenden Bank bei fehlerhaften Überweisungen	567
3. Anlegerrisiken durch wirksame, treuwidrige Verfügungen der Kreditinstitute?	568
II. Verwaltungsrechte und Pflichten der (wirtschaftlichen) Wertpapierinhaber	570
1. Bisherige Schwächen der Regelung des Depotstimmrechts	570
2. Künftige Regelung der Stimm- und sonstigen Verwaltungsrechte	
a) Problem des Abspaltungsverbots.	573
b) Treuhandmodelle zur Regelung des Aktienstimmrechts	575
c) Inhaberschuldverschreibungen.	576
3. Pflichten der (wirtschaftlichen) Wertpapierinhaber	577
III. Einwendungsausschluß	578
1. Kein Wertpapierumlauf	579
2. Umfang des Schuldanerkenntnisses der Banken gegenüber den Kontoinhabern	580
3. Wirtschaftliche Sicherung des Kassenvereins durch gesetzliche und vertragliche Regelungen	581
a) Im Fall präklusionsfähiger Unwirksamkeitsgründe der wertpapierrechtlichen Verpflichtung	581
b) Im Fall nicht präklusionsfähiger Unwirksamkeitsgründe der wertpapierrechtlichen Verpflichtung	583
IV. Rechtliche Bedeutung des Wertpapiers	584
V. Umfassender Anlegerschutz durch Treuhandlösung	586
1. Umfassend ausgestaltetes Treuhandverhältnis	586
2. Umfassender Konkurschutz	587
a) Im Fall von Zins- und Dividendenzahlungen	587
b) Im Fall treuwidriger Verfügungen	589
3. Umfassender Verkehrerschutz	590
VI. Kompatibilität des nationalen mit ausländischen Systemen des Effektengiroverkehrs	591
1. Internationalprivatrechtliche Gründe für einen Effektengiroverkehr auf der Grundlage der fiduziarischen Treuhand	592
2. Praktikabilitätsgründe für Wertpapierverwaltung in deren Heimatland	594
Literaturverzeichnis	597
Sachregister	627

Abkürzungsverzeichnis

A. 2d	Atlantic Reporter, Second Series
a. A.	anderer Ansicht
aaO.	am angegebenen Ort
A.C.L.R.	Australian Company Law Reports
a. E.	am Ende
A.L.R.	American Law Reports
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADR	American Depositary Receipt
aff'd	affirmed
AG	Aktiengesellschaft; Ausführungsgesetz
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AktG	Aktiengesetz
AKV	Auslandskassenverein
All E. R.	All England Law Reports
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
AnleiheG	Anleihegesetz
Anm.	Anmerkung
Ann.	Annotated
AO	Abgabenordnung
arg.	argumentum
Art./art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AusInvestmG	Gesetz über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge an ausländischen Investmentanteilen (Auslandsinvestmentgesetz)
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters
B. & Ald.	Barnewall & Alderson's Reports
B. & C.	Barnewall & Cresswell's Reports
B.C.	Bankruptcy Cases
B.C.L.C.	Butterworths Company Law Cases
BAK	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen
BankArch	Bankarchiv, Zeitschrift für Bank- und Börsenwesen
Bankr.	Bankruptcy

BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BayZ	Zeitschrift für Rechtspflege in Bayern
BB	Der Betriebs-Berater
Bd.	Band
Bearb.	Bearbeitung, Bearbeiter
Beav.	Beavan's Reports
Begr.	Begründung
Bem.	Bemerkung
Beschl.	Beschluß
BG	Bundesgericht
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BörsG	Börsengesetz
BOSS	Börsen-Order-Service-System
BR	Bundesrat
BRepD	Bundesrepublik Deutschland
BT	Bundestag
bzw.	beziehungsweise
C.A.	Court of Appeals
C.B.	Common Bench Reports
c.i.c.	culpa in contrahendo
C.L.R.	Common Law Reports
Cal. 3d	California Reports, Third Series
Cal. Rep.	California Reporter
CCH	Commerce Clearing House
Cedel	Centrale de Livraison de Valeurs Mobilières
cert.	certiorari
CFR	Code of Federal Regulations
CGO	Central Gilts Office
Ch.	Law Reports, Chancery Division, ab 1891
Ch. App.	Law Reports, Chancery Appeal Cases
Ch.D.	Law Reports, Chancery Division, von 1876 bis 1890
Chap.	Chapter
Cir.	Circuit
CNS	Continuous Net Settlement
Co.	Company
Comm.	Committee
Cong.	Congress
Conn.	Connecticut Reports
Corp.	Corporation
D. Col.	District Court of Colorado
D. Kan.	District Court of Kansas
D. Mass.	District Court of Massachusetts
D. Me.	District Court of Maine
D. Minn.	District Court of Minnesota

D. Wyo.	District Court of Wyoming
d. h.	das heißt
D.L.R. (2d)	Dominion Law Reports (Second Series)
DB	Der Betrieb
De G. & J.	De Gex & Jone's Reports
De G. F. & J.	De Gex, Fisher & Jone's Reports
Dec.	December
Del. Ch.	Delaware Chancery Reports
DepotG	Depotgesetz
ders.	derselbe
Diss.	Dissertation
DJ	Deutsche Justiz
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
Doc.	Document
Drew.	Drewry's Reports
Drs.	Drucksache
DTB	Deutsche Terminbörse
DTC	Depository Trust Company
DWZ	Deutsche Wertpapier-Datenzentrale
E.D.Pa.	Eastern District of Pennsylvania
E.R.	English Reports Reprint
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	European Currency Unit
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
ErbStG	Erbschaftssteuergesetz
Erl.	Erläuterung
EStG	Einkommenssteuergesetz
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
ex div.	ex dividend
Ex.D.	Law Reports, Exchequer Division
F. 2d	Federal Reporter, Second Series
f./ff.	folgende
F. Supp.	Federal Supplement
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FAST	Fast Automated Securities Transfer
FDIC	Federal Deposit Insurance Corporation
Fed.	Federal
Fed. Sec. L. Rep.	Federal Securities Law Reporter
Fla.	Florida
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
Ga. App.	Georgia Appeals
GBO	Grundbuchordnung
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
H. & C.	Hurlstone & Coltman's Reports
H. & N.	Hurlstone & Norman's Reports
H. Bl.	H. Blackstone's Reports
h. L.	herrschende Lehre
H. L.	House of Lords
h. M.	herrschende Meinung
Halbs.	Halbsatz
HGB	Handelsgesetzbuch
Hon.	Honorary
HRR	Höchstrichterliche Rechtsprechung
Hrsg./hrsg.	Herausgeber/herausgegeben
I.C.L.Q.	International and Comparative Law Quarterly
i.d.R.	in der Regel
i.e.S	im engeren Sinn
i.S.d.	im Sinne des/der
i.V.m.	in Verbindung mit
IBIS	Integriertes-Börsenhandels- Informations-System; bis April 1991: Inter-Banken-Informations-System
Ill. App. 3d	Illinois Appellate Court Reports, Third Series
Inc.	Incorporated
INS	Institutional Net Settlement
IntGesellschaftsR	Internationales Gesellschaftsrecht
IntSachenR	Internationales Sachenrecht
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	(schweizerisches) Bundesgesetz über das internationale Privat- recht
IPRSpr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des internationalen Privatrechts
ISCC	International Securities Clearing Corporation
ISE	The International Stock Exchange London
ISSA	International Society of Securities Administrators
Jan.	January
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenzeitschrift
JZ	Juristen-Zeitung
K. B.	English Law Reports, Kings Bench
KAGG	Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht; Kommanditgesellschaft
KO	Konkursordnung
Komm.	Kommentar
KritV	Kritische Vierteljahrszeitschrift für Gesetzgebung und Rechtswis- senschaft
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KTS	Zeitschrift für Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen
KV	Kassenverein
KWG	Kreditwesengesetz

L.J.	Law Journal
L.Rev.	Law Review
L.J.Ch.	Law Journal, Chancery, New Series
L.R.Ch.App.	Law Reports, Chancery Appeal Cases
L.R.Eq.	Law Reports, Equity Cases
L.R.Exch.	Law Reports, Exchequer
L.R.Q.B.	Law Reports, Queen's Bench
L.T.	Law Times Reports
LM	Das Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen, herausgegeben von Lindenmaier und Möhring
Ltd.	Limited
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht
M. & W.	Meeson & Welsby's Reports
m. a. W.	mit anderen Worten
M.D.Pa.	Middle District of Pennsylvania
m. E.	meines Erachtens
m. w. (zahlr.)N.	mit weiteren (zahlreichen) Nachweisen
MCC	Midwest Clearing Corporation
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Mer.	Merivale's Reports
Misc. 2d	Miscellaneous Reports, Second Series
Mo. App.	Missouri Appeal Reports
Moo. P. C.	Moore's Privy Council Cases
MSTC	Midwest Securities Trust Company
N. M.	New Mexico Reports
N.M.App.	New Mexico Appeals
N.C.App.	North Carolina Appeals
N.D.Ill.	Northern District of Illinois
N. E. (2d)	North Eastern Reporter (Second Series)
N.N.	nomen nescio
N.S.W.	New South Wales
N.S.W.L.R.	Law Reports, New South Wales (Australien)
N.Y.UCC	New Yorker Fassung des Uniform Commercial Code
N.Y.S. 2d	New York Supplement, Second Series
NASD	National Association of Securities Dealers, Inc.
NASDAQ	National Association of Securities Dealers Automated Quotations
NECIGEF	Nederlands Centraal Instituut voor Giraal Effectenverkeer B. V.
Nev.	Nevada Reports
NiemZ	Niemeyers Zeitschrift für internationales Recht
NJW	Neue Juristische Wochenzeitschrift
No.	Nummer
Nov.	November
Nr.	Nummer
NSCC	National Securities Clearing Corporation
NYSE	New York Stock Exchange
Oct.	October
OGH	Oberster Gerichtshof
OGHZ	Sammlung der Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs in Zivilsachen
Ohio St. 3d	Ohio State Reports, Third Series

ÖKB	Österreichische Kontrollbank
Okla.	Oklahoma
OLG	Oberlandesgericht
OLGRspr.	Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte
P. & C.R.	Planning & Compensation Reports
P. 2d	Pacific Reporter, Second Series
P.C.	Privy Council
para.	paragraph
PDTC	Philadelphia Depository Trust Company
Pty	Proprietary
Pub. L.	Public Laws
Q.B.	Law Reports, Queen's Bench Division, ab 1891
Q.B.D.	Law Reports, Queen's Bench Division, von 1875 bis 1890
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rdnr.	Randnummer
Recht	Das Recht
reg.	Regulation
RG	Reichsgericht
RGBI	Reichsgesetzblatt
RGZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RSchbG	Reichsschuldbuchgesetz
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite
s.	siehe; section
S.A.	Société Anonyme
S.D.N.Y.	Southern District of New York
S.E. 2d	South Eastern Reporter, Second Series
S.I.	Statutory Instrument
S.L.T.	Scots Law Time
S.W. 2d	South Western Reporter, Second Series
SA	Securities Act
SAG	Die schweizerische Aktiengesellschaft
SCCP	Stock Clearing Corporation of Philadelphia
ScheckG	Scheckgesetz
SchVG	Schuldverschreibungsgesetz
scil.	scilicet (nämlich)
SEA	Securities Exchange Act
SEAQ	Stock Exchange Automatic Quotation System
SEC	Securities and Exchange Commission
Sec. Reg. & L. Rep.	Securities Regulation & Law Reports
Sec./sec.	Securities/section
SEGA	Schweizerische Effekten-Giro AG
SEPON	Stock Exchange Pool Nominee
seq.	sequens (folgend)
Sess.	Session
SeuffA	Seufferts Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte in den deutschen Staaten

SIC	Securities Information Center
SICOVAM	Société Interprofessionnelle pour la Compensation des Valeurs Mobilières
SIPA	Securities Investor Protection Act
SIPC	Securities Investor Protection Corporation
sog.	sogenannt
Sonderbeil.	Sonderbeilage
st.	ständig(e)
Stat.	Statute(s)
sub nom.	sub nomine
Sup. Ct.	Supreme Court
Suppl.	Supplement
T	Trade date
T.L.R.	Times Law Reports
TALISMAN	Transfer Accounting, Lodgement for Investors and Stock Management for Market Makers and Dealers
TARS	Trade Accounting and Reconciliation System
TAURUS	Transfer and Automatic Registration of Uncertificated Stocks
Tex. App.	Texas Appeals Reports
Tex. Civ. App.	Texas Civil Appeals Reports
Tit.	Title
u. a.	und andere; unter anderem
U.C.C.L.J.	Uniform Commercial Code Law Journal
U.L.A.	Uniform Laws Annotated
U.S.	United States Supreme Court Reports
UCC	Uniform Commercial Code
UCC Rep. Serv.	Uniform Commercial Code Reporting Service
USC	United States Code
v.	von; vom; versus
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
W.D.Mo.	Western District of Missouri
W.L.R.	Weekly Law Reports
W.N.	Weekly Notes
WEG	Wohnungseigentumsgesetz
WG	Wechselgesetz
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht, Wertpapiermitteilungen
WPR	Wertpapierrecht
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
z.	zum
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZGB	(schweizerisches) Zivilgesetzbuch
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht; bis 1933: Zentralblatt für Handelsrecht

Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht; bis 1982 Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
ZKW	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß

Einführung

Der in den 80er Jahren weltweit zu verzeichnende Trend zur Verbriefung von Kreditbeziehungen (securitization) und zur Geldanlage in Wertpapieren auf Seiten der Anleger setzt sich nach wie vor fort.¹ Neben der allgemein zu verzeichnenden Tendenz zur Internationalisierung der Finanz- und Kapitalmärkte sowie dem (außerbörslichen) 24-Stunden-Handel² wird der Umsatz an Wertpapieren im europäischen Raum noch weiter verstärkt und gefördert durch die geplante Schaffung eines integrierten europäischen Kapitalmarkts³ mit der Zielsetzung der Markterweiterung und Marktdurchdringung.⁴ Zu diesem Zweck bei gleichzeitiger Gewährleistung des Anlegerschutzes wurden zahlreiche Richtlinien erlassen, die den Wertpapierhandel fördern und eine engere Verflechtung der Wertpapiermärkte zu erreichen suchen.

Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Börsenzulassungsrichtlinie vom 5. 3. 1979⁵ zur Standardisierung der Zulassungsbedingungen für Wertpapiere, die Börsenzulassungsprospektrichtlinie vom 17. 3. 1980 zum Schutz der Erwerber von Wertpapieren, die zum amtlichen Handel an der Börse zugelassen werden sollen,⁶ die Emissionsprospektrichtlinie vom 17. 4. 1989 zum Schutz der Erwerber von Wertpapieren, die (noch) nicht amtlich notiert sind,⁷ sowie die Richtlinie über Halbjahresberichte vom 15. 2. 1982 der

¹ Vgl. zur Verbriefung *Obst/Hintner*, S. 1058; *R. Schäfer*, Die Bank 11/1990, 604–609; *Bühler*, Die Bank 3/1988, 129; *Storck*, Die Bank 1/1987, 9–18; vgl. zu den Ursachen für diese Entwicklung *Dombret*, ZKW 1987, 6; *Kuntze*, ZKW 1987, 16; vgl. zu den Folgen dieser Entwicklung auch *Remsperger*, Die Bank 8/1987, 414–420; zu den Vorteilen der Sekuritisation *Pollock/Stadum/Holtermann*, RIW 1991, 275–281; vgl. auch zur zunehmenden Bedeutung der Geldanlage in Wertpapieren auf Anlegerseite *Rehkugler/Voigt/Wolff*, Die Bank 6/93, 321 f.; vgl. auch *Obst/Hintner* S. 1230.

² Vgl. etwa *Assmann* § 1 Rdnr. 68–78; v. *Rosen* S. 13 f.; *Hesse/Keppler*, Festgabe Niedersächsische Börse, S. 103–129, insbes. S. 103–111; *Frowein* S. 131–151, 132–134; *Bockelmann* S. 79–97.

³ Vgl. dazu *Assmann*, NJW 1991, 528; v. *Rosen* S. 102 f., 114–116.

⁴ So *Assmann/Buck*, EWS 1990, insbes. 111–114.

⁵ ABl. EG Nr. L 66 v. 16. 3. 1979, S. 21 ff., geändert durch die Richtlinie v. 3. 3. 1982, ABl. EG Nr. L 62 v. 5. 3. 1982, S. 22 f., geändert durch die Richtlinie v. 12. 12. 1988, ABl. EG Nr. L 348 v. 17. 12. 1988, S. 22 ff.

⁶ ABl. EG Nr. L 100 v. 17. 4. 1980, S. 1 ff., geändert durch die Richtlinie v. 3. 3. 1982, ABl. EG Nr. L 62 v. 5. 3. 1982, S. 22 f.

⁷ ABl. EG Nr. L 124 v. 5. 5. 1989, S. 8 ff., vgl. dazu auch *Müller*, Die Bank 7/89, 375–377.

an einer nationalen Börse zugelassenen Aktiengesellschaften.⁸ Diese Richtlinien wurden für die BRepD durch das Börsenzulassungsgesetz vom 16. 12. 1986⁹ bzw. das Verkaufsprospekt-Gesetz vom 13. 12. 1990¹⁰ in innerstaatliches Recht umgesetzt.¹¹ Erwähnenswert ist aber auch die Investmentrichtlinie vom 20. 12. 1985¹², die einen Mindestschutz der Anleger sowie gleichzeitig die Erleichterung des Vertriebs von Investmentanteilen im Gebiet eines anderen Mitgliedsstaats bezweckt. Diese Richtlinie wurde von der BRepD durch das Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des Finanzmarkts vom 22. 2. 1990¹³ ebenfalls in innerstaatliches Recht umgesetzt. Seit der 4. KWG-Novelle¹⁴ geht das deutsche Recht zudem gemäß den Bestimmungen der sog. 2. Bankenkoordinierungsrichtlinie vom 15. 12. 1989¹⁵ von dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung der Aufsicht über Kreditinstitute durch die einzelnen EG-Mitgliedstaaten aus (Herkunftslandkontrolle).¹⁶ Demgegenüber wurde die für die Tätigkeit von Nichtbank-Wertpapierfirmen wesentliche Wertpapierdienstleistungsrichtlinie, die die Harmonisierung und gleichzeitige Liberalisierung der Tätigkeit von Wertpapierfirmen in den Mitgliedsstaaten regelt, erst am 10. Mai 1993 erlassen.¹⁷ Neben dem Wegfall der Börsenumsatzsteuer seit 1. 1. 1991¹⁸ soll in Zukunft mit dem Zweiten Finanzmarktförderungsgesetz, das am 12. 7. 1993 vom Bundesminister der Finanzen in Form eines Diskussionsentwurfs veröffentlicht wurde, gerade auch der Finanzplatz BRepD gestärkt werden. Inhalt des Zweiten Finanzmarktförderungsgesetzes soll neben der Einrichtung eines eigenständigen Bundesaufsichtsamts für den Wertpapierhandel und der Verbesserung des Anlegerschutzes im Bereich des Effektesgeschäfts die mittlerweile überfällige Umsetzung der Insiderrichtlinie vom 13. 11. 1989¹⁹ ins deutsche Recht sein.²⁰

⁸ ABl. EG Nr. L 48 v. 20. 2. 1982, S. 26 ff.

⁹ BGBl. I, S. 2478 ff.

¹⁰ BGBl. I, S. 2749 ff.

¹¹ Vgl. Müller, WM 1991, 213–216; Assmann, NJW 1991, 530–532; Hasche-Preuße, Die Bank 12/1990, 713 f.; vgl. auch v. Rosen S. 29 f.

¹² ABl. EG Nr. L 375 v. 31. 12. 1985, S. 3 ff., geändert durch Richtlinie v. 22. 3. 1988, ABl. EG Nr. L 100 v. 19. 4. 1988, S. 31 f.

¹³ BGBl. I, S. 266 ff.

¹⁴ Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen und anderer Vorschriften über Kreditinstitute v. 21. 12. 1992, BGBl. I, S. 2211 ff.

¹⁵ ABl. EG Nr. L 386 v. 30. 12. 1989, S. 1 ff., geändert durch die Richtlinie v. 6. 4. 1992, ABl. EG Nr. L 110 v. 28. 4. 1992, S. 52 ff.

¹⁶ Vgl. insbes. § 53 b KWG.

¹⁷ Vgl. ABl. EG Nr. L 141 v. 11. 6. 1993, S. 27–46;

vgl. zu diesen Richtlinien für den Bereich des Börsenrechts sowie der Tätigkeit der Investmentgesellschaften auch Lutter S. 76–93.

¹⁸ Vgl. Art. 4 des Gesetzes zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Finanzmärkte (Finanzmarktförderungsgesetz) v. 22. 2. 1990, BGBl. I, S. 266 ff.; vgl. auch Hasche-Preuße, Die Bank 12/1990, 714.

¹⁹ ABl. EG Nr. L 334 v. 18. 11. 1989, S. 30 ff.

²⁰ Vgl. zu dem Diskussionsentwurf des Zweiten Finanzmarktförderungsgesetzes v. 12. 7. 1993 DB 1993, 1435; vgl. auch Kümpel, WM 1993, 2025, 2029–2031.

So rege die Tätigkeit der EG bei der Rechtsvereinheitlichung bzw. -angleichung ist, so erfaßt sie doch im wesentlichen nur das Kapitalmarktrecht, nicht aber die in bezug auf unterschiedliche Rechtstraditionen und -systeme besonders neuralgischen zivilrechtlichen Regelungen der Wertpapierübertragung. Der Umfang und die Zunahme der Geschäfte in den massenweise gehandelten KapitalmarktWertpapieren (Effekten)²¹ forderten aber insbesondere in Anbetracht der teilweise²² bei der Abwicklung aufgetretenen Mängel eine Beschäftigung mit dieser Problematik.

Daher befaßte sich die sog. Gruppe 30 (»Group of Thirty«), eine private Vereinigung von im Finanzwesen tätigen Personen, mit der Verbesserung der Abwicklung massenweise getätigter Wertpapiergeschäfte. Neben Empfehlungen zur Geschäftsabgleichung²³, der Verkürzung der Erfüllungsfristen²⁴ und der Zug um Zug-Leistung²⁵ hielt die »Group of Thirty« insbesondere ein Zentralverwahrsystem für erforderlich, um Wertpapiergeschäfte rasch und möglichst kostengünstig abzuwickeln.²⁶ Entscheidender Grund hierfür ist, daß ein Zentralverwahrsystem, d. h. eine oder einige wenige Stellen pro Land, bei denen die Wertpapiere verwahrt bzw. verbucht und verwaltet werden, überhaupt erst die Möglichkeit eröffnet, Wertpapiergeschäfte – jedenfalls faktisch – durch Umbuchung auf den Konten der Teilnehmer beim Zentralverwahrer abzuwickeln.²⁷ Dies bedeutet aber gleichzeitig, daß die Wertpapierurkunden, die dauernd beim Zentralverwahrer lagern, dadurch zumindest an Bedeutung verlieren (sog. »immobilization«), wenn nicht sogar gänzlich abgeschafft werden (Entmaterialisierung oder »dematerialization«).²⁸ Mit dem Trend zur Verbriefung von Kreditbeziehungen (securitization) geht also – mag dies zunächst auch paradox klingen – der Funktionsverlust von Wertpapierurkunden einher.

In Deutschland, das bereits seit Jahrzehnten über ein Zentralverwahrsystem verfügt,²⁹ ist die Entwicklung zum Funktionsverlust von Wertpapierurkunden besonders deutlich. So wurden etwa im Jahr 1992 90 % der Emissionen entweder in völlig unverbrieft Form oder aber in Form sog. Dauerglobalurkunden

²¹ Vgl. für die BRepD die Entwicklung von 1988 mit 14,5 Millionen Wertpapierüberträgen, 1989 19,4 Millionen und 1990 21,7 Millionen Stück, vgl. *Deutscher Kassenverein AG* 1990 S. 13; im Jahr 1991 hat allerdings die Anzahl der Wertpapierüberträge auf 20,1 Millionen Stück etwas abgenommen, vgl. *Deutscher Kassenverein AG* 1991 S. 13, im Jahr 1992 aber wiederum auf 21,3 Millionen Stück zugenommen, vgl. *Deutscher Kassenverein AG* 1992, S. 13.

²² Vgl. etwa in den USA den sog. »paperwork crunch«, *Guttman, Washington & Lee L. Rev.* 717 (1980); vgl. unten 4. Kap. A.

²³ *Group of Thirty Recommendations* 1 and 2 (S. 3–6).

²⁴ *Group of Thirty Recommendation* 7 (S. 14f.).

²⁵ *Group of Thirty Recommendation* 5 (S. 11f.).

²⁶ *Group of Thirty Recommendation* 3 (S. 7f. sowie S. 51ff.).

²⁷ *Group of Thirty Recommendation* 3 (S. 7f., sowie S. 51).

²⁸ Vgl. auch *Group of Thirty* S. 55f.; zu diesem Vorschlag der Group of Thirty auch *Keßler, Die Bank* 5/1989, 256.

²⁹ Wenn auch bis zur Fusion der Wertpapiersammelbanken Ende 1989 nicht mit einem, sondern einigen wenigen Zentralverwahrern.

begeben, bei denen eine Emission durch eine oder einige wenige Urkunden verbrieft wird und der Anspruch des Anlegers auf Auslieferung von Einzelurkunden ausgeschlossen ist.³⁰

Fast zwangsläufig wirft dieser zunächst tatsächlich festzustellende Funktionsverlust von Effektenurkunden bei massenhaft durchgeführten Übertragungen, die faktisch durch Umbuchungen erfolgen, die Frage auf, ob damit nicht auch rechtliche Rückwirkungen verbunden sind. Von Interesse ist hier nicht nur die vollständige Entmaterialisierung durch »Verkörperung« von Wertrechten in bloßen Buchungsvorgängen. Wesentlicher Gegenstand der Untersuchung sollen vielmehr die Rechtsfolgen, Chancen und Risiken sein, die sich aus der stufenweisen Entwicklung zur Entmaterialisierung, also dem schrittweisen Bedeutungsverlust verbrieftender Urkunden insbesondere bei der Übertragung, aber auch bei der Ausübung der verbrieften Rechte (Wertpapierverwaltung) ergeben. Daher ist den Rechtsvorgängen vom gesetzlichen »Idealfall« der Übertragung einzelner Wertpapiere, über die Übereignung bei einem Zentralverwahrer sammelverwahrter Urkunden bis hin zu völlig entstückten Wertpapieren besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Eine weitere interessante Variante des Funktionsverlusts von Urkunden liegt darin, dem Erwerber nicht mehr die Eigentümerstellung an den gekauften Wertpapieren, sondern lediglich schuldrechtliche Lieferungsansprüche – bezogen auf einen bestimmten Wertpapierbestand – zu verschaffen.

Der Bedeutungsverlust verbrieftender Urkunden hat eine praktische Ursache und Seite und erfordert daher auch, auf die tatsächlichen Vorgänge bei der Abwicklung von Wertpapiergeschäften und der Wertpapierverwaltung einzugehen. Fälschungs- und Betrugsmöglichkeiten, die mit dem Einsatz der EDV verbunden sein können, werden allerdings insofern nicht behandelt, als es um die technischen Voraussetzungen und Bedingungen dieser Delikte geht. Ebenfalls nicht näher untersucht werden sollen die tatsächlichen, in der Folge aber auch rechtlich möglicherweise interessanten Folgewirkungen der rascheren Übertragbarkeit von Wertpapieren durch Umbuchungsvorgänge. Beispielhaft seien hier relativ kurze Erfüllungsfristen genannt, die ein Grund für die Entwicklung des Wertpapierleihsystems darstellten.³¹

Keine grundlegenden Besonderheiten in bezug auf die Wertpapierabwicklung bringt die seit 26. 1. 1990 eröffnete Deutsche Terminbörse; eine nicht uninteressante Eigentümlichkeit der Deutschen Terminbörse (DTB) besteht darin, daß bei Geschäftsabschlüssen die DTB als Vertragspartner zwischengeschaltet ist.³² Werden die an der DTB vereinbarten Optionen ausgeübt, so erfolgt die Abwicklung der Geschäfte im Grundsatz aber auf die in der vorliegenden Arbeit beschriebene Weise; dasselbe gilt für Terminkontrakte, sofern

³⁰ Vgl. so *Deutscher Kassenverein AG* 1992 S. 9.

³¹ Vgl. etwa *Blitz/Illhardt*, Die Bank 3/90, 142; *Kümpel*, WM 1990, 909; *Group of Thirty Recommendation* 8 (S. 16 f, 47 f.).

³² Vgl. Präambel (2), 1.2.1.(1), 2.1.1.1., 2.2.1.1. der Clearing-Bedingungen für den Handel an der DTB v. 21. 12. 1992.

diese nicht von vornherein – wie etwa der DAX-Terminkontrakt – keine Lieferung in Natur, sondern lediglich Überweisung des Differenzwertes in bar vorsehen.³³ Daher soll im folgenden auf die Deutsche Terminbörse, deren Spezifika in der obligatorischen, und nicht in der hier interessierenden dinglichen Seite des Effektenhandels liegen, nicht näher eingegangen werden.

Letztlich verlangt jedoch der Funktionsverlust von Effektenurkunden die Beschäftigung mit grundlegenden theoretischen Fragestellungen und Problemen. Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist die bereits von *Friedrich Carl v. Savigny* hervorgehobene Funktion der Verkörperung von Rechten in Urkunden, die Übertragung dieser Rechte an das Sachenrecht zu binden und damit im Gegensatz zu Forderungsabtretungen Verkehrerschutz durch Rechts-scheinerwerb zu ermöglichen.³⁴ Vor dem Hintergrund der gegenläufigen Entwicklung in Form des Funktionsverlusts von Urkunden soll daher im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit die Frage stehen, ob die Verkehrsfähigkeit der (verbrieften) Rechte noch durch das Sachenrecht erreichbar ist und welche Alternativen sich hierzu bieten. Eine ähnliche Problematik stellt sich bei der kollisionsrechtlichen Beurteilung der Frage, ob Effektenurkunden, die »immobilized« oder »dematerialized« sind, den Regeln des internationalen Sachenrechts unterworfen werden können.

In Anbetracht der Internationalisierung der Wertpapiermärkte³⁵ können diese Fragen kaum mehr sinnvoll ohne einen Blick auf das Ausland und deren sach- wie kollisionsrechtliche Regelungen behandelt werden. Wegen der juristisch gegenüber dem deutschen Recht sehr andersartigen Strukturen, nicht zuletzt aber aus Gründen der tatsächlichen Bedeutung als Finanzplätze,³⁶ sollen hier die wesentlichsten Länder des anglo-amerikanischen Rechtskreises, also USA und Großbritannien, zum Vergleich herangezogen werden.

Der Gang der Untersuchung besteht darin, zunächst den Funktionsverlust der Wertpapierurkunden sowie die rechtlichen Konsequenzen dieser Entwicklung in den nationalen Rechtsordnungen aufzuzeigen. Anschließend soll auf die jeweiligen kollisionsrechtlichen Grundlagen und die tatsächlich praktizierten Formen grenzüberschreitender Effektenübertragungen eingegangen werden. Dies soll wiederum unter dem Blickwinkel der Frage stehen, inwiefern sich auch hier ein Bedeutungsverlust von Wertpapierurkunden abzeichnet und welche Rückwirkungen sich aus der Entwicklung zur Entmaterialisierung für

³³ Vgl. auch *Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Wertpapierbörsen* S. 92f.

³⁴ v. *Savigny*, Das Obligationenrecht, S. 99.

³⁵ So erreichten die Kapitalzu- bzw. -abflüsse durch internationale Wertpapiertransaktionen im Jahr 1990 in den 13 Industrieländern des Berichtsgebiets der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich US-\$ 157,6 Milliarden, vgl. *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich* S. 93–96.

³⁶ Vgl. etwa die Zahlenangaben der Umsätze internationaler Börsen in *Deutsche Börsen* 1992 S. 167, wonach im Jahr 1992 an Börsen in Großbritannien/Irland DM 5114,9 Milliarden umgesetzt wurden, wobei die Kauf- und Verkaufsgeschäfte doppelt erfaßt wurden, während etwa die Umsätze allein in Aktien (von den Wertpapieren insgesamt liegen keine Zahlen vor) der New York Stock Exchange sich bei Einfachzählung auf DM 2817,2 Milliarden beliefen.

die kollisionsrechtliche Beurteilung dieser Vorgänge ergeben. Im Schlußteil wird ein Modell dargestellt, wie die Abwicklung von Geschäften in Kapitalmarktwertpapieren als Folge des Funktionsverlusts der Wertpapierurkunden bei gleichzeitiger Kompatibilität mit anderen Rechts- und Übertragungssystemen m. E. sach- und systemgerechter geregelt werden könnte.

1. Kapitel

Funktionsverlust von Effektenurkunden im nationalen Recht

Um die Möglichkeiten des Verkehrsschutzes bei zunehmender Entmaterialisierung, verstanden als Rückgang der Bedeutung des Papiers als Sache für Bestand, Ausübung oder Übertragung des Rechts,¹ zu untersuchen, ist hier auf die in jeder Beziehung rechtlich außerordentlich umstrittenen Einzelheiten der Wertpapierübertragungen im sog. Effekten giroverkehr einzugehen. Zuvor sei jedoch ein Überblick über die abnehmende Bedeutung der Urkunde bei der Effektenübertragung gegeben.

A. Überblick über die Entwicklung zur Entmaterialisierung

I. Effekten und Grundsätze für deren Übertragung

Unter Effekten sollen hier vertretbare Wertpapiere verstanden werden, die der Kapitalaufbringung und Kapitalanlage dienen, wozu insbesondere Aktien, Schuldverschreibungen² und Investmentzertifikate zu zählen sind,³ die rechtlich gesehen entweder Inhaberpapiere oder aber auf den Namen lautende Werte, meist Orderpapiere darstellen. In aller Kürze sollen die wesentlichsten rechtlichen Vorschriften für diese Wertpapiere, insbesondere für deren Übertragung, in Erinnerung gerufen werden. Im folgenden wird zu zeigen sein, daß diese rechtlichen Regelungen im massenweise praktizierten Effektenhandel ganz erheblichen Modifikationen unterliegen.

¹ Vgl. etwa die Definition bei *Zöllner*, FS Raiser, S. 250 Fn. 1.

² Die aktienrechtlichen Sonderformen der Schuldverschreibungen, nämlich Wandelanleihen, Optionsanleihen und Gewinnschuldverschreibungen sind rechtlich ebenfalls Schuldverschreibungen und unterliegen deren Regeln, vgl. *MünchKomm-Hüffer* § 793 Rdnr. 26–34 m. w. N.

³ Vgl. statt vieler *Canaris* Rdnr. 1810–1814; *Schönle* § 16 I 1, S. 222–226; *Hueck/Canaris* § 1 III (S. 14); *Zöllner* § 1 II 1 (S. 2 f.); *Baumbach/Hefermehl*, WG, WPR, Rdnr. 22; vgl. auch die Definition des Effekengeschäfts in § 1 Abs. 1 S. 2 Ziff. 4 KWG.

1. Inhaberschuldverschreibungen und -aktien

Die im deutschen Recht üblichen Inhaberaktien⁴ und Inhaberschuldverschreibungen (für die seit 1. 1. 1991 keine staatliche Genehmigung mehr erforderlich ist⁵) werden nach den Regeln für bewegliche Sachen gem. §§ 929 ff. BGB übertragen.⁶ Die Anknüpfung der Übertragung des verbrieften Rechts an die Regeln der Übertragung für bewegliche Sachen schließt den für die Umlauffähigkeit eines Wertpapiers wesentlichen Gutgläubensschutz mit ein, der sich bei Inhaberpapieren sogar auf abhanden gekommene Papiere erstreckt (§ 935 Abs. 2 BGB); insoweit ist für Bankgeschäfte außerdem § 366 HGB von Bedeutung, wonach der Redlichkeitsschutz auf den guten Glauben an die Verfügungsbefugnis eines Kaufmanns erweitert wird (vgl. aber auch § 367 HGB).⁷ Zwar ist daneben auch eine Übertragung des Inhaberpapiers durch Abtretung des verbrieften Rechts gem. §§ 398, 413 BGB möglich, wobei das Eigentum am Papier gem. § 952 Abs. 2 BGB auf den Rechtsinhaber übergeht.⁸ An eine solche Übertragung knüpft sich jedoch kein Verkehrsschutz, die mit dem Wertpapier bezweckte leichtere Handelbarkeit wird also bei bloßer Rechtsabtretung gerade nicht erreicht und scheidet daher (zunächst) für die weiteren Untersuchungen aus.

Der Ausschluß von persönlichen Einwendungen richtet sich entgegen dem Wortlaut des § 796 BGB nach den analog anzuwendenden Vorschriften des Art. 22 ScheckG, Art. 17 WG; dies bedeutet, daß persönliche Einwendungen bei Übertragungen von Inhaberschuldverschreibungen grundsätzlich ausgeschlossen sind, es sei denn, der Erwerber habe bewußt zum Nachteil des Schuldners gehandelt.⁹ Der Ausschluß nicht urkundlicher Gültigkeitseinwendungen ist ebenfalls entgegen dem Wortlaut des § 796 BGB grundsätzlich möglich, wenn der Erwerber nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt hat.¹⁰ Dies gilt jedoch nicht für Fälle nicht zurechenbar veranlaßten Rechts Scheins, etwa bei mangelnder Geschäftsfähigkeit, fehlender Vertretungsmacht und insbesondere auch Fälschung.

Umstritten ist allerdings, in welchem Umfang ein Gutgläubenserwerb auch bei Inhaberaktien möglich ist, die nicht mit einem Mitgliedschaftsrecht verbun-

⁴ Vgl. *Hueck/Canaris* § 25 I 2 a (S. 215); *Zöllner* § 29 II 1 (S. 182).

⁵ Vgl. *Assmann*, NJW 1991, 532, der diese Entwicklung begrüßt.

⁶ Vgl. für Inhaberschuldverschreibungen *Richardi* § 9 V (S. 79); *Zöllner* § 27 I 5 (S. 175); *Hueck/Canaris* § 24 I 2 (S. 208); vgl. auch *Baumbach/Hefermehl*, WG, WPR, Rdnr. 41.

⁷ Für Inhaberschuldverschreibungen vgl. *Richardi* § 9 V (S. 79 f.); *Hueck/Canaris* § 24 III 1 (S. 209 f.); *Zöllner* § 27 I 5 (S. 175); *Baumbach/Hefermehl*, WG, WPR, Rdnr. 41; für Inhaberaktien *Hueck/Canaris* § 25 III 1 mit Hinweis auf § 24 III 1 (S. 218); *Zöllner* § 29 II 1 (S. 182); *Richardi* § 34 III 1 (S. 245).

⁸ *Zöllner* § 2 II 1 b (S. 10); *Baumbach/Hefermehl*, WG, WPR, Rdnr. 31; *Hueck/Canaris* § 2 III 3 a (S. 24 f.); a. A. allerdings *Jacobi*, Die Wertpapiere, S. 493.

⁹ Vgl. hierzu *Hueck/Canaris* § 24 III 2 (S. 210); *Zöllner* § 27 I 4 (S. 174 f.) i. V.m. § 21 V 2 (S. 137).

¹⁰ Vgl. hierzu *Zöllner* § 27 I 4 (S. 174 f.) i. V.m. § 21 IV (S. 133–135); *MünchKomm-Hüffer* § 796 Rdnr. 8–11.

den sind. Diese Problematik kann sich insbesondere dann stellen, wenn Aktien aufgrund einer nichtigen Kapitalerhöhung ausgegeben wurden oder der Vorstand einer Aktiengesellschaft versehentlich zu viele Urkunden drucken ließ. Die h.L. lehnt für diese Fälle zurecht¹¹ einen Gutgläuberschutz mit der Begründung ab, bei Inhaberaktien käme in bezug auf das verbriefte Recht nur dann ein Gutgläuberschutz in Betracht, wenn das verbriefte Recht überhaupt gültig bestehe und das Recht und die Urkunde schon einmal in einer Hand vereinigt gewesen seien, da die Aktie kein konstitutives, sondern lediglich deklaratorisches Wertpapier sei¹² und zudem ein neues Aktienrecht wegen der Begrenzung der Anzahl der Mitgliedschaftsrechte nicht entstehen könne.¹³

Demgegenüber ist heute nahezu einheitliche Meinung, daß sowohl bei Inhaberschuldverschreibungen als auch bei Inhaberaktien die Leistung des Schuldners an einen Nichtberechtigten dann befreiende Wirkung hat, wenn der Schuldner ohne grobe Fahrlässigkeit (Art. 40 Abs. 3 WG analog) von der Berechtigung des Wertpapierinhabers ausging (dies entspricht allerdings nicht dem Wortlaut des § 793 Abs. 1 S. 2 BGB).¹⁴

2. Namensschuldverschreibungen

Schuldverschreibungen können im deutschen Recht nicht nur als Inhaberschuldverschreibungen, sondern – nach dem Grundsatz der Vertragsfreiheit – auch in Form von Namensschuldverschreibungen ausgegeben werden, was insbesondere bei Hypothekendarlehen, Kommunalobligationen und Sparkassenbriefen praktisch relativ häufig vorkommt.¹⁵ Höchst streitig ist bei diesen Namensschuldverschreibungen, inwiefern die Vorschrift des § 407 BGB Anwendung findet.¹⁶ Hintergrund dieses Meinungsstreits ist die tatsächliche Übung der Kreditinstitute, bei Kapitalrückzahlungen auf die Vorlage der Namensschuldverschreibungen zu verzichten und für Zinszahlungen aus Er-

¹¹ Vgl. unten 2. Kap. B. I. 1.

¹² Zöllner § 29 III (S. 183f.); Würdinger § 12 II 1 a (S. 55).

¹³ E. Ulmer S. 68f.; *Canaris* vertritt demgegenüber die Meinung, auch bei anderen deklaratorischen Wertpapieren sei ein Schutz des gutgläubigen Erwerbers in dem Sinne anerkannt, daß sich dieser nicht entgegenhalten lassen müsse, das Papier sei vor der Begebung abhand gekommen bzw. das verbriefte Recht existiere nicht. Daher nimmt *Canaris* einen Rechtserwerb der gutgläubigen Erwerber zu Lasten aller bisherigen Aktionäre an. (*Hueck/Canaris* § 25 III 1 b (S. 219); *Canaris*, Vertrauenshaftung, S. 252f.).

¹⁴ *Hueck/Canaris* § 24 III 3 (S. 210); vgl. für Inhaberschuldverschreibungen *Richardi* § 9 IV 4 (S. 79); *Zöllner* § 27 I 3 (S. 174); *Baumbach/Hefermehl*, WG, WPR, Rdnr. 43; für Inhaberaktien vgl. *Hueck/Canaris* § 25 III 3 (S. 220); *Zöllner* § 29 II 1 (S. 182).

¹⁵ Vgl. hierzu *Hueck/Canaris* § 24 VII 2 (S. 213); *Zöllner* § 27 I 1 (S. 173); *Baumbach/Hefermehl*, WG, WPR, Rdnr. 70.

¹⁶ Vgl. bejahend *Kümpel*, Sonderbeil. Nr. 6 zu WM 1983, 13f.; *Franke*, DB 1983, 378; ablehnend *Koller*, WM 1981, 475–477; *Hueck/Canaris* § 24 VII 2 b (S. 213f.); grundsätzlich auch *Baumbach/Hefermehl*, WG, WPR, Rdnr. 70.

sparnisgründen keine Zinsscheine auszugeben.¹⁷ Umstritten ist bei Namensschuldverschreibungen auch, inwieweit ein Einwendungsausschluß wie bei Inhaber- oder Orderschuldverschreibungen in Betracht kommt.¹⁸ Mehrheitlich wird allerdings ein solcher Einwendungsausschluß mit der Begründung abgelehnt, hiermit könne der *numerus clausus* der Verkehrspapiere unterlaufen werden.¹⁹

3. Namensaktie

Relativ geringe praktische Bedeutung hat demgegenüber die Namensaktie im deutschen Recht.²⁰ Die Namensaktie ist allerdings für den Fall gesetzlich vorgeschrieben, daß die Ausgabe von Aktien vor der vollen Zahlung des Ausgabebetrags erfolgt (vgl. § 10 Abs. 2 AktG) oder für Kapitalanlagegesellschaften in der Form der Aktiengesellschaft (§ 1 Abs. 3 S. 1 KAGG). Die Namensaktie ist ein geborenes Orderpapier (§ 68 Abs. 1 AktG) und kann demgemäß durch Indossament übertragen werden,²¹ wobei dem Indossament Transportfunktion, nicht aber Garantiefunktion zukommt.²² Namensaktien müssen bei Übertragung im Aktienbuch unter Vorlage der Aktie und Nachweis des Übergangs umgeschrieben werden (§ 68 Abs. 3 AktG). Zwar ist diese Umschreibung für die Wirksamkeit des Übertragungsvorgangs nicht erforderlich; im Verhältnis zur Gesellschaft gilt aber nur derjenige als Aktionär, der im Aktienbuch als solcher eingetragen ist (§ 67 Abs. 2 AktG). Da diese Übertragungsart ziemlich umständlich ist, werden Namensaktien häufig durch Blankoindossament übertragen. Auf diese Weise können sie auch für weitere Übertragungen im Tresor verbleiben,²³ allerdings mit der für den Erwerber negativen Konsequenz, daß er gegenüber der Gesellschaft nicht zur Ausübung von Rechten und insbesondere auch nicht zur Teilnahme an Hauptversammlungen legitimiert ist (§ 67 Abs. 2 AktG).²⁴

¹⁷ Vgl. hierzu *Franke*, DB 1983, 378; *Baumbach/Hefermehl*, WG, WPR, Rdnr. 71; *Zöllner* § 3 IV 3 (S. 21); *Hueck/Canaris* § 24 VII 2 b (S. 213f.).

¹⁸ Bejahend *Kümpel*, Sonderbeil. 1 zu WM 1981, 31.

¹⁹ So etwa *Koller*, WM 1981, 479; *Hueck/Canaris* § 24 VII 2 d (S. 214); *Baumbach/Hefermehl*, WG, WPR, Rdnr. 70; nach *Zöllner* § 3 IV 3 (S. 21) bedarf diese Frage »noch näherer Klärung«.

²⁰ *Hueck/Canaris* § 25 I 2 b (S. 215f.); *Zöllner* § 29 II 2 (S. 182).

²¹ Vgl. zur Übertragung durch Abtretung etwa *Richardi* § 34 II 2 (S. 244); *Zöllner* § 29 II 2 (S. 183), § 14 I 2 (S. 86) m. w. N.

²² Vgl. den Hinweis in § 68 Abs. 1 AktG auf Art. 12, 13 und 16 WG.

²³ Vgl. *Hueck/Canaris* § 25 I 2 b.

²⁴ *Zöllner* § 29 II 2 (S. 182).

Sachregister

- Abettor 319
- Abfindungsangebot 154, 422f.
- Abhandenkommen (s. auch Verlust)
 - 138–140, 307, 318
- Abspaltungsverbot 573–575
- Abstraktionsprinzip 220–222, 308, 476, 514
- Abtretung (s. Zession)
- Abwicklung (s. auch Eigentum, Eigentumsübertragung) 3 f., 37–39
- Abwicklungssystem
 - Depository Trust Company 326–330
 - rollierendes 241, 327
 - TALISMAN 243–253
- Abwicklungsvermittlung (des Kassenvereins bei Streifenbandverwahrung) 31
- Account Controller 255–263
- Account Day 240f., 244–246
- Accounting Summary 328
- Account-Periode (s. Handelsperiode)
- Adverse Agent 336f.
- Adverse Claims 317f., 335, 338–344
- Aider 319
- Aktie
 - im amerikanischen Recht 303, 306
 - – als Inhaberaktie 310
 - – als registrierte Aktie 304, 310
 - im deutschen Recht 7–9, 114, 199f., 208f.
 - im englischen Recht 215f., 221f.
 - – als bewegliche Sachen 285f.
 - – Einzahlungen, Restzahlungen 225f., 265
- Aktienbuch 10, 23, 203
- Aktiendarlehen 279, 283
- Aktienemission 113
- Aktienregister 217f., 222–224, 226, 228, 234f., 242, 245, 488–491
 - Aktualisierung des . . . im englischen Recht 256f., 260
 - öffentliche Einsichtnahme 256
- Aktienzertifikat 229–234, 244–246
- Aktionenrecht 219
- Alternative Company Controller 256, 258f.
- American Depositary Receipt 522–539
 - Bewertung 535–539
 - Entwicklung 523f.
 - Formen 524–526
 - Inhalt 524–526
 - Kapitalmarktregeln 527–535
 - keine Übertragung ausländischer Originalurkunden 537f., 549
 - rechtliche Probleme 535f.
 - rechtliche Vorteile 537–539
 - Sammeldepotfähigkeit bei DTC 537
 - Sponsored 526, 533
 - Übertragung 526f., 537f.
 - Un-sponsored 526, 533
- American Share 522
- Amtlicher Handel (s. Handel, amtlicher)
- Ancillary Proceeding 432
- Anderkonto 428–430
- Aneignungsermächtigung (s. auch Verfügungsbefugnis, gesetzliche) 430, 552–555
- Anerkennung
 - des deutschen Konkurses 431–433
 - von Enteignungen 448f.
- Anfechtungsrecht 221f., 503, 580–582
- Anlegerisiken 568–570
- Anlegerschutz 1f., 29f., 586–591
- Anscheinsvollmacht 233f., 235
- Anteilsbesitz (s. Bruchteilsbesitz)
- Antizipiertes Besitzkonstitut (s. Besitzmittlungsverhältnis)
- Apportionment (s. auch Zuteilung) 249
- Appropriate Person 311
- Arbitragegeschäft 407f.
- Aufgebot 137, 139–145, 154, 181
 - zuständiges Gericht für . . . 402f.
- Aufgebotsfrist 143
- Aufhebung (der Bruchteilsgemeinschaft) 72–75
- Aufrechnung
 - bei den Abwicklungssystemen im englischen Recht 246, 259, 269, 297f.
 - keine Aufrechnung der Banken bei Treuhandkonto 426, 428
- Aufsichtsrecht 238f.
- Ausführungsanzeige 36f.
- Ausländische Emittenten (s. Emittent)

- Ausländische Wertpapiere (s. Wertpapierrechtsstatut, Emittent)
- Auslandskassenverein
- als Clearingstelle bei ausländischen, im Ausland verwahrten Wertpapieren 410
 - als Eigentümer auslandsverwahrter Wertpapiere 423
 - als nominee bei ausländischen, im Inland amtlich gehandelten Wertpapieren 405 f.
 - als Treuhänder bei ausländischen, im Inland amtlich gehandelten Wertpapieren 405 f., 429 f.
 - Rolle bei Börseneinführung ausländischer, nicht fungibler Werte 452–455
 - Rolle bei Übertragung des Anspruchs aus Gutschrift in Wertpapierrechnung 440, 442
- Wertpapierverwaltung durch . . . 423 f.
- Auslandsverwahrung (s. Verwahrung)
- Auslieferung (von Wertpapieren) 32–35, 191
- Anspruch des Hinterlegers 32, 150
 - aus Central Gilts-Office-Buchungssystem 266 f.
 - Ausschluß des Auslieferungsanspruchs 15, 66, 72–75, 199 f.
 - Verlustumlage bei Auslieferung effektiver Stücke 185 f.
- Ausschlußurteil 139, 141–143, 181
- Wirkung des . . . 141–143
- Aussonderung (s. auch Konkurs) 205
- bei Treuhandigentum 425, 430, 433–439, 594
 - im Konkurs der Bank 205, 213, 594
- Bankgeheimnis 176, 210
- Bankkontokorrent 195 f.
- Bank of England 263–267
- Befriedigungsrecht (pfandrechtsähnliches) 130 f.
- Begebungsvertrag 201 f., 204, 580–583
- Bekanntmachung über Art, Umfang und Zeitpunkt der Depotprüfung (s. Depotprüfung, Richtlinien)
- Bekanntmachung (des Wertpapierverlusts im Bundesanzeiger) 135–137
- Belegenheit (s. auch *lex rei sitae*)
- amerikanisches Kollisionsrecht 509–523
 - – Anknüpfung an . . . von Buchungen 519–521
 - – Inkorporationsstaat als Ort der . . . der Urkunde 518 f.
 - deutsches Kollisionsrecht
 - – Anerkennung des deutschen Konkurses durch ausländischen Belegenheitsstaat 431–433
 - – Anknüpfung an Belegenheit von Buchungen 363, 592
 - – Bedeutung der . . . des Papiers im Rahmen des VAG 446 f.
 - – Bedeutung der . . . des Papiers im Rahmen des Steuerrechts 447 f.
 - – Bedeutung der . . . des Papiers im Rahmen des internationalen Enteignungsrechts 448–451
 - englisches Kollisionsrecht 484–492
 - – Anknüpfung an . . . von Buchungen 491 f., 496
- Benachrichtigungspflicht (der Bank) 154
- Beneficial Interest (s. Equity, Equitable Charge, Equitable Mortgage)
- Beneficial Ownership (s. Eigentum, wirtschaftliches)
- Beneficiary 436
- bereicherungsrechtlicher Anspruch
- der Bank bei fehlerhaften Überweisungen 567 f.
 - des Anlegers bei Rechtsentzug 206 f., 441 f.
- Berichtspflicht (an die SEC) 497, 500–502, 530 f., 533–535
- beschränkte Gattungsschuld (s. Gattungsschuld)
- Besitz
- als Rechtsscheinträger (s. Rechtsscheinträger)
 - Aufgabe des . . . 104, 109–111, 117, 158, 190
 - des Hinterlegers 65–68
 - Besitzverschaffungsmacht (s. Rechtsscheinträger)
 - Disposition über den . . . (s. Rechtsscheinträger)
 - Entziehung des . . . der Wertpapierurkunde 207 f., 210
- Besitzkonstitut (s. Besitzmittlungsverhältnis)
- Besitzleiter 66
- Besitzmittlungsverhältnis
- antizipiertes 117 f.
 - Voraussetzungen des . . . 66
 - zwischen Hinterleger/Eigentümer und Verwahrer 65–88
- Besitzmittlungswille 66, 68, 70–72, 95 f.
- Besitzverschaffungsmacht (s. Rechtsscheinträger)
- Bestimmtheit
- des Treuguts 427–429

- des Verfügungsobjekts 40–42, 52, 188f.
- des Vertragspartners 49f., 52f.
- Betrugsregelungen (Antibetrugsregelungen) 502f., 505
- Beweislast 193, 417
- Beweisurkunde 216, 221f., 227
- Bezugsrecht 154, 242, 244, 410, 422f., 453
- Big Bang 238f., 291
- Blankoindossament (s. Indossament)
- Börsenbüro 35
- Börseneinführung (ausländischer, nicht fungibler Werte) 451–455
- Börsengeschäft 38
- Börsenhändler 35
- Börsenmakler 35f.
- Börsenusancen 39
- Börsenzulassungsgesetz 2
- Börsenzulassungsprospektrichtlinie 1
- Börsenzulassungsrichtlinie 1
- Bona fide purchase (s. Rechtsscheinerwerb)
- BOSS (Börsen-Order-Service-System) 35f.
- Bought Stock Account 296
- Bought Transfer (s. Kaufübertragungskunde)
- Broker
 - Aufhebung der Trennung von Jobbern und . . . 238f.
 - Berichtspflichten 369f.
 - Geschäftsabwicklung zwischen . . . und Kunden 326, 329f.
 - Geschäftsabwicklung zwischen Brokern 326–329
 - im amerikanischen Recht 308f.
 - Pflichten des Verkäufers bei Einschaltung von . . . 345f.
 - Pflichten des . . . im Fall der Registrierung in Street Name 364f., 367–369
 - Risikotragung der . . . 344–346, 349f.
 - Zusicherungen bei der Veräußerung eingeschalteter . . . 349f.
 - Zwangsmitgliedschaft der . . . in Securities Investor Protection Corporation 369f.
- Bruchteilsbesitz (ideeller) 81–85, 111
- Buchung (s. Depotbuchung)
- Buch(ungs)berechtigter 146–151, 191
- Bundesanleihe 16, 21
- Bundesanzeiger (Bekanntmachung des Verlusts im) 135–137, 181
- Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen 168f., 178–180
- Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel 2
- Bundesschatzbrief 16, 21
- Business Corporation Act 303
- Buying-in 242f., 247
- Canadian Depository for Securities 539
- Cash account 366
- Cedel 408f., 540, 591
- Central Depository Ltd. 540
- Central-Gilts-Office (s. Central-Gilts-Office-Buchungssystem)
- Central-Gilts-Office-Buchungssystem 240, 300f., 545f.
 - Auslieferung aus dem . . . 266f.
 - einbezogene Werte 263
 - Einlieferung in das . . . 265f.
 - Erwerb der Eigentümerstellung nach Common Law bei Bestehen eines Equity-Rechts 285f.
 - Erwerb eines Equity-Rechts bei Bestehen eines Equity-Rechts 287
 - Market Charge bei . . . 298
 - Problem von Privity bei . . . 290f.
 - Vermischung und Vermengung von Kundenwerten 296f.
 - Voraussetzungen der Teilnahme 263–265
 - Zeitpunkt des Übergangs der wirtschaftlichen Eigentümerstellung 293f.
- Charge, Equitable (s. auch Market Charge) 275f., 278, 280, 282–284, 287f.
- Clayton-Regel 295f.
- Clearing-Agent 385–387
- Clearing-Gesellschaft
 - Angleichung der rechtlichen Behandlung verbrieft und unverbrieft Werte bei Sammelverwahrung durch . . . 378
 - i.S.d. Securities Gesetze 323, 330
 - i.S.d. UCC 323, 330
 - Möglichkeiten gutgläubigen Erwerbs des Kunden an durch . . . sammelverwahrten Regierungswerten 386f.
 - unterschiedliche Definition der . . . in verschiedenen US-Bundesstaaten 333f.
 - Vergleich der Möglichkeiten gutgläubigen Erwerbs 342–344
 - Vergleich der Übertragungsarten 333f.
- Commercial Account 255f., 260f.
- Common Law
 - Zweiteilung von . . . und Equity 219f., 305
- Company Account 256
- Company Controller 261
- Consideration (s. Gegenleistung)
- Constructive Notice 285f., 336f.
- Constructive Trust (s. Trust)
- Continous Net Settlement 328f., 344
- Contractual Effects of the Contract 483f.

- Coupon 136, 242
 CREST-System 253, 262 f., 284, 286 f., 300, 546
 Culpa in contrahendo 350
 Culpa in eligendo 419
 Custodian Bank 331 f.
 Customer Property 366
 Customer-Side-Settlement 326, 329 f.
 Dauerglobalurkunde 3, 15, 66, 72–75, 88, 151, 157, 180–183, 191 f., 199 f., 204, 326, 452, 547, 578
 – Anspruch auf Auslieferung von Einzelkunden 72–75
 – im amerikanischen Recht 306 f.
 DAX-Werte 37
 Dealer (s. Broker)
 Debenture 235 f.
 Debenture to Bearer (s. Inhaberschuldverschreibung)
 Debet(saldo) 195
 Deckungsbestand (bei Gutschrift in Wertpapierrechnung) 412, 415–421, 441, 452 f.
 Deckungsgeschäft 243
 Deklaratorisches Wertpapier (s. Wertpapier)
 Delivery-by-value 282 f.
 Delkrederer 58
 Dematerialization (s. auch Entmaterialisierung, Funktionsverlust) 3
 Department of Trade and Industry 257, 260
 Depository Trust Company 323–330
 – Abwicklung der Wertpapiergeschäfte über ... 326–330
 – als Wertpapiersammelbank 323 f.
 – Cede & Co. als Nominee 325
 – Eigentumsübertragung unter Einschaltung der ... 331–344
 – Kontoinhaber der ... 324, 595
 – Kontenverbindungen 494
 – unverbriefte Wertrechte nicht sammelverwahrbar bei ... 372
 – Voraussetzungen der Sammelverwahrbarkeit 325, 537–539, 543 f.
 – Wertpapierbestand 324
 – Wirkungen der Einbeziehung in die Sammelverwahrung 325 f.
 Depot (s. Girosammelverwahrung, Hinterleger, Hinterlegung, Sammelbestand, Sonderverwahrung, Verwahrung)
 Depotabstimmung 169, 173
 Depotanerkennung 170
 Depotaufstellung 170 f.
 Depotauszug 169–171, 184, 198, 204, 213
 Depotbank (s. Verwahrung)
 Depotbuch 27, 29, 33, 47 f., 78, 163
 – als Register mit Vertrauensschutzfunktion 163
 – persönliches 38, 41, 165–167
 – sachliches 38, 41, 166
 Depotbuchung (s. auch Eigentumsübertragung) 61 f., 64
 – als Rechtsscheinträger 112 f., 159 f., 161–198, 204, 210–214
 – – bei Buchungen des Kassenvereins 173 f.
 – – bei Buchungen sonstiger Kreditinstitute 173 f.
 – – von Wertpapiersammelbanken im amerikanischen Recht 342–344
 – als Rechtsnachweis 161 f., 202
 – Aussetzung von Umbuchungen durch Kassenverein 178–180
 – Eigentumsübertragung durch Einigung und ... 172 f.
 – Falschbuchung, Vermeidung der 39, 164 f.
 – lex rei sitae und ... 468–472, 481, 491 f., 496, 519–521, 548–550
 – Offenkundigkeit 176 f., 592
 – Publizität 176 f., 592
 – Richtigkeitsgewähr 163–172
 – Übertragung von Regierungswerten durch ... 379 f.
 – Verlustverteilung bei Falschbuchungen 185–190, 566
 – vom Vertrauenden selbstgesetzter Rechtschein 174 f.
 Depotgebühren 200, 584
 Depotgeschäft 71, 167–170
 – Aufhebung der Erlaubnis für ... 178 f.
 Depotguthaben 39, 164
 Depotprüfer 168
 Depotprüfung 71, 163, 168 f., 173, 185, 570
 – Richtlinien für die ... 165–170
 Depotschein 306
 Depottagesauszug 61 f., 90, 165
 Depotübertragung (s. auch Depotumlegung) 91
 Depotumlegung (s. auch Depotumschreibung) 63
 Depotumschreibung 79
 Depotvertrag 30 f., 152
 – Aufhebung 72–74
 – Kündigung 74
 Depotverwaltung (s. Wertpapierverwaltung)
 Deutsche Börse AG 22 (insbes. Fn. 101)
 Deutscher Kassenverein AG 22

- als Bote des Erwerbers 59–64
- als ermächtigter Treuhänder der Rechtsinhaber 203, 551–557
- als Registerführer des Wertrechtsregisters 203
- als Stellvertreter des Erwerbers 59–64, 178, 180f., 197f.
- als verfügungsbefugter Nichteigentümer 58, 551–560
- Aussetzung von Umbuchungen durch ... 178–180, 551
- Bedeutung der rechtlichen Funktion 60f.
- Besitzumstellung der ... 97
- Direktherausgabeanspruch gegen den ... 75–79
- Kontoinhaber 31, 167
- Redlichkeit 174f., 177–185, 547
- tatsächliche Funktion 61f.
- Deutsche Terminbörse 4f., 22 (Fn. 101), 37, 590
- Deutsche Wertpapierdaten-Zentrale 22 (Fn. 101), 36, 164
- Dienstvertrag (zwischen Broker und Kunde) 351
- Dingliche Einigung (s. Einigung)
- Direkterwerb (des Bankkunden) 47–57
- Dispositionsliste 39
- Disposition über den Besitz (s. Rechts-scheinträger)
- Dividendschein 153
- Dividenden(zahlung) 225, 241f., 251, 262, 325f., 357–360, 424, 453, 494, 587–589
- bei American Depositary Receipt 523, 525, 531
- Konkursvorrecht an ... 438
- Treuhandigentum an ... 438
- Dominoeffekt (bei Insolvenz eines Marktteilnehmers) 297f., 369
- Doppelüberweisung 567f.
- Drei-Punkte-Erklärung 423, 429, 594
- Drittkommissionär 124f.
- Drittchadensliquidation 193f.
- Drittverwahrer 25, 31, 193f., 558
- Drittwiderspruchsklage
- bei Treuhandigentum 425f., 430, 439
- Druckrichtlinien (der Wertpapierbörsen) 14
- DTB (s. Deutsche Terminbörse)
- Durchgangseigentum
- der kaufenden Bank 47
- der verkaufenden Bank 43–46
- Durchgangserwerb (s. Durchgangseigen-tum)
- Durchlieferungsbeleg 53
- Echtheit (der Unterschrift) 316f., 320
- Effekten (s. auch Wertpapier) 3
- Definition 7
- im amerikanischen Recht 305–307
- Effektengeschäft 167–169
- Aufhebung der Erlaubnis für ... 178f.
- Effektengiroverkehr 35
- Effektenhandel 35–37
- Effektenscheck 38, 58 (Fn. 279)
- EG
- Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anwendbare Recht 434, 475f., 483f., 492
- Vorschlag einer 5. Richtlinie des Rates nach Art. 54 Abs. 3 g des EG-Vertrags 572
- Eigenanzeige 98f.
- Eigenbesitzer 95
- Eigenbestände (der Banken) 30, 98f., 114, 119, 174
- Eigendepot 98f.
- Eigenhandel 43–47, 55f., 99, 115, 130f.
- anwendbares Recht bei Ausführung von Aufträgen im Wege des ... 395–397
- Eigentümer-Besitzer-Verhältnis (zwischen Wertpapierinhaber und Verletzer des Rechts) 207–209
- Eigentum (s. auch Eigentumsübertragung) 88, 182f., 184
- Prioritätsgrundsätze im englischen Recht 284–288
- rechtliches 220
- Übergang des rechtlichen ... 222–224
- Übergang des rechtlichen ... im CGO-System 270f.
- Übergang des wirtschaftlichen 224–226
- Übergang des wirtschaftlichen ... bei Broker/Dealer, der für Käufer und Verkäufer tätig 293f.
- Übergang des wirtschaftlichen ... im TALISMAN-System 249–251
- Übergang des wirtschaftlichen ... im CGO-System 270f.
- wirtschaftliches 220
- Eigentumsübertragung
- American Depositary Receipts 526f., 537f.
- ausländischer Originaleffekten 539f., 541f.
- bei Zweitverbriefung 455, 526f., 537f.
- durch Einigung und Umbuchung 160, 172f., 240f.
- durch Umbuchung einer Clearing-Gesellschaft 331f.

- im amerikanischen Recht
 - bei Einschaltung einer Wertpapiersammelbank 331–344
 - Besonderheiten des Treasury Direct Systems 387 f.
 - ohne Einschaltung einer Wertpapiersammelbank 308–313
 - Rechtmäßigkeit der . . . als Voraussetzung für Registrierungspflicht 316–321
 - Rechtscheinerwerb 335–344
 - Übertragung von Regierungswerten durch Umbuchung 379 f.
- im deutschen Recht
 - effektiver Stücke 8–11
 - Sonderregelungen im Depotgesetz 47 f., 115
 - von der Bank auf den Kunden 114–119
 - von Girosammelanteilen
 - gemäß § 929 Satz 1 BGB 96 f.
 - gemäß § 930 BGB 94–96
 - gemäß § 931 BGB 91–94
 - im englischen Recht 222–227
 - im CGO-Buchungssystem (tatsächlicher Ablauf) 268 f.
 - im CGO-Buchungssystem (rechtliche Bewertung) 269–273
 - im TALISMAN-System 243–251
 - keine Eigentumsübertragung bei im Inland nicht amtlich gehandelten ausländischen Werten 409–451
 - Problematik der Eigentumsverschaffungspflicht bei Gutschrift in Wertpapierrechnung 412–414
 - Vergleich der Übertragungsarten 333 f.
- Einigung (dingliche)
 - antizipierte 116–118
 - bedingte 90
 - befristete 90
 - Pfandrechtsbestellung durch . . . 127
- Einheitskursnotierung 36, 54
- Einlagensicherung (s. auch Entschädigungsfond) 587 f.
- Einlieferung (von Wertpapieren) 22–31, 191
 - als rechtsgeschäftlicher Erwerbstatbestand 555–557
 - in das Central-Gilts-Office-Buchungssystem 265 f.
 - von Wertpapieren, die von Opposition betroffen sind 144–151
- Einwendungsausschluss 8, 10, 235, 564–566, 578–584
- Einzahlung (auf Aktien, s. Aktie)
- Emissionsprospektrichtlinie 1
- Emittent (s. auch Registrierung)
 - ausländischer, öffentlicher . . ., Registrierungspflichten 500 f.
 - ausländischer . . ., Registrierungspflichten 498–501
 - Belastung des . . . durch unverbriefte Wertrechte 373
 - Zustellung der Pfändungsmaßnahme an 362 f.
- Enteignungsrecht (internationales)
 - Anerkennungsvoraussetzungen 448 f., 488 f.
 - Bedeutung der Belegenheit des Papiers im Rahmen des . . . 448–451
 - Belegenheit verbriefter Werte und . . . 449–451
- Entitlement 257–263, 287, 300
 - und Estoppel 261
- Entmaterialisierung (s. auch Funktionsverlust) 3, 7, 198–211, 213 f.
 - kollisionsrechtliche Folgen der . . .
 - im amerikanischen Recht 519–521
 - im deutschen Recht 456–479
 - im englischen Recht 491–493
 - Rechtsfolgen der Entwicklung zur . . . 363–368
 - Überblick über die . . . im amerikanischen Recht 302–305
- Entkörperung (s. Verkörperung, Beendigung der Verkörperungswirkung)
- Entschädigungsfond (s. auch Einlagensicherung) 261, 369–371, 587 f.
- Entstückung (s. Entmaterialisierung, Wertrechte)
- Equitable Charge 275 f.
- Equitable Interest (s. Equity)
- Equitable Mortgage (s. Mortgage)
- Equitable Ownership (s. Eigentum, wirtschaftliches)
- Equity
 - geschichtliche Entwicklung 219 f.
 - Recht nach . . . 220 f., 245
 - Rechtserwerb belastet/unbelastet mit Equity-Recht 285–288
 - Zweiteilung von Common Law und . . . 226, 305
- Erbschaftsteuer (s. Steuer)
- Erbschein (Gutglaubensschutz) 191 f.
- Erfüllungsfristen 3, 408
- Erfüllungsgehilfe 419 f.
- Erkennbarkeit (s. auch Offenkundigkeit, Offenkundigkeitsprinzip)
 - der sachenrechtlichen Zuordnung 176 f.

- Ermächtigung 42 f., 110, 111 (Fn. 538)
 - gewillkürte auf der Passivseite 133
- Ermächtigungstreuhand 17, 551–560
- Erneuerungsschein 136, 139
- Ersatzaussonderung 195
- Ertragsschein 153
- Erwerb (s. Eigentumsübertragung, Einigung, Surrogationserwerb)
- Erwerber
 - Person des . . . beim Effektengiroverkehr 46–57
- Estoppel 227–235, 237 f., 285, 299
 - im TALISMAN-System 252 f.
 - im TAURUS-System 261
 - in Form einer Art Rechtsscheinerwerb 232–235
 - in Form von Schadensersatz- bzw. Freistellungspflichten der Gesellschaft 229–231
 - Verhältnis zum gutgläubigen Erwerb 237
- Eurobondgeschäft 408
- Euro-Clear 408 f., 540, 591
- Europarats-Übereinkommen über eine internationale Opposition 138 f.
- Excess Margin Securities 366 f.
- Export-Import-Bank 379
- Fälschung
 - der Übertragungsurkunde bzw. der Vollmacht des Vertreters 228
 - des Überweisungsauftrags 442, 567
- Falschbuchung (s. Depotbuchung)
- Farm Credit Administration 380
- Farmers Home Administration 379
- Fast Automated Securities Transfer 326
- Federal Financing Bank 380
- Federal Home Loan Bank Board 380
- Federal Home Loan Market Corporation 379
- Federal National Mortgage Association 380
- Federal Reserve Bank 378–387
- Fehlbestand (s. auch Verlustverteilung) 187–189, 295 f., 559
 - bei Effektengiroverkehr auf der Grundlage einer fiduziarischen Treuhand 566
 - bei TAURUS 261, 286, 301
 - im amerikanischen Recht bei Brokern 367 f., 371
- Fehlüberweisung
 - Rechtsfolgen im Rahmen des Treuhandgiroverkehrs 441 f.
- Fiktion (der Übergabe eines Inhaberpapiers) 380, 382–385, 390
- Financial Intermediary 308 f., 331
 - Vergleich der Möglichkeiten gutgläubigen Erwerbs 342–344, 376–378
 - Vergleich der Übertragung von Werten, die sich bei Financial Intermediary bzw. Wertpapiersammelbank befinden 333 f., 376–378
- Finanzmarkt 1 f.
- Finanzmarktförderungsgesetz (Zweites) 2, 43 (Fn. 205), 55
- Forderungsabtretung (s. Zession, Kollisionsrecht)
- Forderungsschutz 209–211
- Forderungsstatut 439, 442–444, 592
- Forderungszuständigkeit
 - als absolut geschütztes Recht 209–211
- Foreclosure 276
- Formular F 6 528–533, 536
- Formvorschrift (für Effektenhandel) 344 f., 350 f.
- Forum (s. Jurisdiktion)
- Freiverkehr 501 f.
- Fremdbesitzer (s. Besitzmittlungswille)
- Fremddepot 98 f., 162
- Fremdvermutung 98–100, 124
- Fremdwerte 167 f.
- Fungibilität (von Wertpapieren) 451 f., 595
 - Börseneinführung ausländischer, nicht fungibler Werte 451–455
- Funktionstrennung (bei Depotgeschäft) 166–168
- Funktionsverlust von Effektenurkunden (s. auch Entmaterialisierung) 3–6
 - im amerikanischen Recht 302–305
 - – durch Verschaffung schuldrechtlicher Ansprüche bei grenzüberschreitenden Effektenübertragungen 410–412
 - – durch Zweitverbriefung 455
 - – Rückwirkungen auf den Grundsatz *lex rei site* 456–479
- Garantie (s. auch Zusicherung, Zahlungsabwicklung) 312 f.
 - für Echtheit der Unterschrift 316, 378
 - spezielle, qualifizierte Unterschriftsgarantie 346
- Gattungsschuld (beschränkte)
 - Gutschrift in Wertpapierrechnung als . . . 416 f.
- Gefahrgemeinschaft 187, 420
- Gegenbuchung (s. Verlustverteilung)
- Gegenleistung 220
- Gegenwertverrechnung 37–39, 53
- Geheißerwerb 80, 101 f., 112
- Geldkonto 37

- Genehmigungsfiktion (bei Schweigen, s. auch Depotanerkennung) 170f.
- General Accepted Accounting Principles 534
- Gerichtszuständigkeit (s. Jurisdiktion)
- Gesamtaufrechnung (verhältnismäßige) 196
- Geschäftsabgleichung 3
- Geschäft für den, den es angeht 27f., 33, 48–57
- Einwände gegen Zulässigkeit beim Effektengiroverkehr 50–52
 - Erwerbswille für den Geschäftsherrn 48f., 55–57
 - Gleichgültigkeit des Vertragspartners 48, 54f.
 - im englischen Recht 289f.
 - Voraussetzungen 48
 - Zulässigkeit (grundsätzliche) 49f.
- Geschäftsfähigkeit 316, 442, 567f., 583f.
- Gesellschaftsmitteilungen 155, 314, 357, 359, 364f., 410, 571
- bei American Depositary Receipts 524–526, 531f., 537
- Gesellschaftsregister (s. Aktienregister, Aktienbuch)
- Gesellschaftsstatut 490, 492
- Gewinnanteilschein 136, 139, 152–154, 422
- Girosammelverwahrung 12f., 17f., 21–29, 71–119, 125–134, 144–151, 157–198, 211–214, 323–326, 363–372
- anwendbares Recht für die Übertragung von Girosammelbestandsanteilen 400
- Giroüberweisung
- bei Effektengiroverkehr auf treuhandrechtlicher Grundlage 563–570
 - Übertragung der Ansprüche aus Gutschrift in Wertpapierrechnung gem. den Grundsätzen der Giroüberweisung 439–442
- Gleichgültigkeit (des Vertragspartners, s. Geschäft für den, den es angeht)
- Gleichstellungsfiktion 18–21, 65f., 131, 197
- Globalurkunde 13–15, 199f., 452, 522, 548
- interimistische 14, 113
 - technische 15, 548 (Fn. 2)
- Good Faith (s. auch Redlichkeit im englischen und amerikanischen Recht) 335–337
- Gratisaktie 242
- Grenzüberschreitende Wertpapierübertragung (s. auch Kollisionsrecht) 391–544
- aus der Sicht des deutschen Recht 391–482
 - Börseneinführung ausländischer, nicht fungibler Werte 451–455
 - Inhalt der zweitverbrieften Rechte 452–454
 - Rechtsfolgen der Zweitverbriefung und deren Bewertung 455
 - Zweitverbriefung durch Globalurkunde 451f.
 - internationalprivatrechtliche Grundsätze des deutschen Rechts beim Effektenhandel mit Auslandsberührung 392–404
 - Divergenzen von Wertpapierrechts und Wertpapiersachstatut 400–404
 - Entwicklungsmöglichkeiten des Grundsatzes der *lex rei sitae* bei Verfügungen über Wertpapiere und Wertrechte 466–479
 - Geltungsbereich und Regeln des Schulstatuts 392–397
 - Geltungsbereich und Regeln des Wertpapierrechtsstatuts 397f.
 - Geltungsbereich und Regeln des Wertpapiersachstatuts 399f.
 - internationalprivatrechtliche Anknüpfung an Buchung 468–472
 - Rückwirkungen des Funktionsverlusts der Urkunde auf den Grundsatz der *lex rei sitae* 456–479
 - internationalprivatrechtliche Grundsätze des amerikanischen Rechts beim Effektenhandel mit Auslandsberührung 503–521
 - internationalprivatrechtliche Grundsätze des englischen Rechts beim Effektenhandel mit Auslandsberührung 483–493
 - Wertpapierübertragung ausländischer Effekten in der BRepD 404–455
 - Auslandsverwahrung 409f.
 - Bedeutungsverlust von Urkunden durch Verschaffung schuldrechtlicher Ansprüche 410–412
 - gegenseitige Kontenverbindungen 406–409
 - Geschäfte in ausländischen Effekten, die im Inland amtlich gehandelt werden 405–409
 - Geschäfte in inlandsverwahrten ausländischen Effekten 405f.
 - Geschäfte mit im Inland nicht amtlich gehandelten Originaleffekten 409–451
 - rechtlicher Inhalt und Qualifizierung der Gutschrift in Wertpapierrechnung 412–419
 - Rechtsstellung des Kunden und der Banken bei schuldrechtlichem Lieferungsanspruch 424–439

- - bei Vollstreckungen gegen Inlandsbanken 424–438
- - bei Vollstreckungen gegen verwahrende Auslandsbanken 438 f.
- Übertragung des Anspruchs aus Gutschrift in Wertpapierrechnung 439–442
- - Verpfändung des schuldrechtlichen Lieferungsanspruchs 442–446
- - vertragliche Ausgestaltung der Rechtsbeziehungen beim Treuhandgiroverkehr 419–424
- Wertpapierhandel und -übertragungen ausländischer Effekten in England 493–495
- Wertpapierhandel und -übertragungen ausländischer Effekten in den USA
- - Kontenverbindungen US-amerikanischer Verwahrer 541, 543 f.
- - Übertragung ausländischer Originaleffekten im Ausland 539 f.
- - Zweitverbriefung in American Depository Receipts 522–539
- Group of Thirty 3, 590
- Gründungstheorie 487, 495
- Gruppe 30 3, 303, 590
- Gültigkeit (des Wertpapiers) 506–509
- Gutgläubiger Erwerb (s. auch Rechtsscheinerwerb, Rechtsscheinträger, Redlichkeit, Verkehrsschutz) 90 f., 97–114
- als Rechtsscheinerwerb 175
- guter Glaube an Eigentum 98–100
- guter Glaube an Verfügungsbefugnis 100, 162
- Gutschrift (s. Giroüberweisung, Wertpapierrechnung)
- Haager Übereinkommen über das auf Trusts anzuwendende Recht und über ihre Anerkennung 435 f.
- Habensaldo 195
- Haftung (s. auch Schadensersatzanspruch, Schadensersatzpflicht)
 - der inländischen Depotbank bei Gutschrift in Wertpapierrechnung 419 f.
- Haftungsfreizeichnung 193
- Halbjahresberichte, Richtlinie über 1
- Handel
 - amtlicher 405–409, 451 f.
 - nicht amtlicher 409
- Handelsgesetzbuch (s. Uniform Commercial Code)
- Handelsperiode 240 f., 242, 248
- Hauptstatut (s. Wertpapierrechtsstatut)
- Hauptversammlung (s. Gesellschaftsmittelungen, Stimmrecht)
 - Haussammelverwahrung 24 f., 174
 - Heimatland (des Wertpapiers; s. Verwahrung)
 - Herausgabeanspruch
 - als Korrelat zum Übereignungsgegenstand 80–88
 - bei Miteigentum 80–88
 - Dauerglobalurkunde 72–75
 - Effektengiroverkehr 71
 - Eigentumsübertragung durch Abtretung des ... 89 f., 91–94, 116
 - gegen Geschäftsbank 79 f.
 - gegen Kassenverein (s. Deutscher Kassenverein AG)
 - Girosammelanteile, bei denen Auslieferungsanspruch nicht ausgeschlossen 75–80
 - künftiger 89
 - Voraussetzung für Besitzzmittlungsverhältnis 66–71
 - Herkunftslandkontrolle 2
 - Herrschaftsmacht (des Eigentümers; s. auch Eigentum) 182 f.
 - Hinterleger (s. auch Einlieferung von Wertpapieren) 24–29, 32–34, 145–151, 191
 - Verfügungsermächtigung des ... 551–557
 - Hinterlegung 150 f.
 - Hinterlegungsschein (s. auch American Depository Receipt) 156 f., 522, 524
 - Hinterlegungsstelle 156 f.
 - Hinweise über die materiellen Prüfungserfordernisse (s. Depotprüfung, Richtlinien für die)
 - IBIS (s. Integriertes Börsenhandels-Informationssystem sowie Inter-Banken-Informationssystem)
 - Identität (gelockerte) zwischen Herausgabeanspruch und herauszugebender Sache (s. auch Herausgabeanspruch) 79, 88
 - Immobilie
 - Grundsatz der lex rei sitae 461 f.
 - Immobilization 3, 379, 387 f.
 - Indossament 311 f., 316 f., 319 f., 322
 - Blankoindossament 311, 332, 405
 - special endorsement 311
 - Informationspflicht (gegenüber der Gesellschaft) 262 f.
 - Inhaberaktie 8 f.
 - im amerikanischen Recht 306
 - im englischen Recht 236, 244
 - Sammeldepotfähigkeit 22
 - Inhaberpapier 8 f., 11, 22 f., 266 f., 272 f., 285, 306, 311, 323, 325

- Inhaberschuldverschreibung 7–9, 22, 198 f., 244, 576 f.
- im englischen Recht 236
 - Sammeldepotfähigkeit 22
 - Schuldverschreibungsgesetz 576 f.
 - Schutz 209–211
- Initial Transaction Statement (s. auch Wertrecht) 320 f., 338–343, 360 f., 506
- Inkassopflicht (der Bank) 152–154
- Insichgeschäft 27 f., 116 f.
- Verlautbarung 117
- Insiderrichtlinie 2
- Insolvenz (s. Konkurs)
- Institutional Delivery System 540
- Institutional Net Settlement 247 f.
- Institutionelle Investoren 247 f., 499 f.
- Instruction
- im amerikanischen Recht 312 f.
 - im englischen Recht
 - – limited 257
 - – standing 257
- Integriertes Börsenhandels-Informationssystem 37
- Inter-Banken-Informationen-System 37
- Interimsaktie 237
- Intermediary 349 f.
- International Securities Clearing Corporation 494, 539 f.
- International Stock Exchange 238
- Eintritt der . . . in Leistungsverpflichtungen und -ansprüche 248 f.
 - Kontenverbindungen 494 f.
- Internationalisierung des Effektenhandels
- Beseitigung der Hindernisse für . . . 408
- Interstate Commerce 498
- Investmentanteil 11, 200, 240 f., 306, 522
- Investmentfond 200, 241, 304, 522
- Investmentgesellschaft 503
- Investmentrichtlinie 2
- Investment Securities (s. Effekten)
- Investmentzertifikat 11, 200
- Sammeldepotfähigkeit 23
- Japan Securities Clearing Corporation 540
- Jobber
- Aufhebung der Trennung von Brokern und . . . 238 f., 289
- Jumbo Certificate 326
- Jungschein 14, 113
- Jungscheingiroverkehr 113 f.
- Jurisdiktion 505, 510 f., 518 f.
- Kapitalmarktregeln
- im amerikanischen Recht 497–503
 - – ADR 527–535
 - – für die den ADRs zugrundeliegenden Originalwerte 528–531, 533–535
 - im englischen Recht 238 f.
- Kassenverein (s. Deutscher Kassenverein AG)
- Kaufübertragungsurkunde 246 f., 249, 253
- Kaufvertrag
- im amerikanischen Recht
 - – Formvorschriften 350 f.
 - – Kollisionsrechtliche Regeln 392, 394–397
 - Pflichten des Verkäufers bei Einschaltung von Brokern 345 f.
 - – Zusicherungen bei der Veräußerung 347–349
 - – Zusicherungen bei der Veräußerung eingeschalteter Dritter 349 f.
- im deutschen Recht (s. Eigenhandel, Eigentumsübertragung, Kommission, Selbsteintritt)
 - im englischen Recht (s. Sale)
- Kennummer 37
- Königsbrief 219
- Kollisionsrecht
- Abhängigkeit der Verpfändungswirkungen vom Wertpapiersachstatut 444–446, 456
 - amerikanisches
 - – Bedeutung der Belegenheit der Urkunde 509–519
 - – internationalprivatrechtliche Grundsätze beim Effektenhandel mit Auslandsberührung 503–521
 - – Probleme bei amerikanischen Regierungswerten 381–384, 390
 - – Rechtsfolgen der Entmaterialisierung 519–521
 - – Rechtswahlfreiheit der Parteien 504–506
 - – Sonderregelungen des UCC § 8–106 für Effekten 506–509
 - Anerkennung des deutschen Konkurses durch ausländischen Belegenheitsstaat 431–433
 - Anwendbarkeit des Forderungsstatuts auf Abtretungen 439, 549 f., 592
 - Anwendbarkeit des Forderungsstatuts auf Verpfändungen des Anspruchs aus Gutschrift in Wertpapierrechnung 442 f.
 - internationalprivatrechtliche Behandlung der Treuhand 433–436
 - internationalprivatrechtliche Behandlung des Trusts 433–436

- deutsches
 - - internationalprivatrechtliche Grundsätze des deutschen Rechts beim Effektenhandel mit Auslandsberührung 392–404
 - - - Geltungsbereich und Regeln des Schuldstatuts 392–397
 - - - Geltungsbereich und Regeln des Wertpapierrechtsstatuts 397 f.
 - - - Geltungsbereich und Regeln des Wertpapiersachstatuts 399 f.
 - - - Divergenzen von Wertpapierrecht- und Wertpapiersachstatut 400–404
 - - - - Beendigung der Verkörperungswirkung von Wertpapieren 402–404
 - - - - gutgläubiger Erwerb 400–402
 - - - Rückwirkungen des Funktionsverlusts der Urkunde auf den Grundsatz der *lex rei sitae* 456–479, 592
 - - - - Abweichungen vom Grundsatz der *lex rei sitae* 456–461
 - - - - internationaler Versendungskauf 459 f.
 - - - - Konsequenzen für den internationalen Wertpapierhandel 460 f.
 - - - - Rechtsprechung 456 f.
 - - - - *res in transitu* 457 f.
 - - - - Transportmittel 458 f.
 - englisches
 - - international privatrechtliche Grundsätze des englischen Rechts beim Effektenhandel mit Auslandsberührung
 - - - eigentumsrechtliche Wirkungen des *Sale* 484–490
 - - - - Abhängigkeit der Übertragungsmöglichkeiten vom Wertpapiersachstatut 489 f.
 - - - - Anwendbarkeit der *lex rei sitae* auf (englische) Effekten 487
 - - - - Anwendbarkeit der *lex rei sitae* auf Sachen 484–486
 - - - - Bedeutung des Wertpapierrechtsstatuts für Anwendbarkeit der *lex rei sitae* 487–489
 - - - - Gründe für Anwendbarkeit der *lex rei sitae* auf Sachen 486
 - - - - Rechtsfolgen der Entmaterialisierung 491–493
 - - - - vertragsrechtliche Wirkungen des *Sale* 483 f.
 - - - Entwicklungsmöglichkeiten des Grundsatzes der *lex rei sitae* bei Verfügungen über Wertpapiere und Wertrechte 466–479
 - - - - internationalprivatrechtliche Anknüpfung an Buchungen 468–472, 592
 - - - - Rechtswahlmöglichkeit bei Forderungsabtretungen 475–479
 - - - - Rechtswahlmöglichkeit bei Verfügungsgeschäften 472–474
 - - - - historische Entwicklung des Grundsatzes der *lex rei sitae* 461–466
 - - - - Berechtigung des Grundsatzes der *lex rei sitae* bei Mobilien, insbes. Wertpapieren 464–466
 - - - - Immobilien 461 f.
 - - - - Mobilien 462–464
- Kommanditgesellschaft 307
- Kommission (schlichte bzw. einfache; s. auch Kommissionsvertrag) 43–46, 57 f., 99
- Kommissionär (s. auch Drittkommissionär, Eigentumsübertragung) 36–38
- Aufwendungsersatzanspruch bei Gutschrift in Wertpapierrechnung 420 f.
- Eigentumsverschaffungspflicht des Kommissionärs bei Gutschrift in Wertpapierrechnung 412–414
- Verschaffung schuldrechtlicher Ansprüche bei Gutschrift in Wertpapierrechnung 410–412
- Kommissionskonto 37
- Kommissionsvertrag 116–118
 - anwendbares Recht bei einfachen Kommissionsgeschäften 393 f.
 - anwendbares Recht bei Auftragsausführung im Wege des Selbsteintritts 394 f.
 - anwendbares Recht bei Auftragsausführung im Wege des Eigenhandels 395–397
 - Pfandrechterwerb bei Einkaufskommission 122–125
- Kommittent 37 f.
- Weiterübertragung des Eigentums an ... 114–119
- Kompatibilität (der Übertragungssysteme) 6, 214, 591 f.
- Kompensationsgeschäft 36–38, 56, 58, 92, 174
- Kondiktionsanspruch (s. Bereicherungsanspruch)
- Konkretisierung 224 f., 249 f.
- Konkurs
 - Aussonderungsrecht bei Treugut 425, 430, 433–439, 587–589

- der Bank bei Aneignungsermächtigung 553
- Dominoeffekt bei ... eines Marktteilnehmers 297 f., 369
- Konkursbeschlagnahme 431–433
- SEPON 248
- Vergleich zwischen Aussonderung wegen Treuhandeigentum und Konkursvorrecht gem. § 32 DepotG 437 f.
- von Auslandsbanken bei Gutschrift in Wertpapierrechnung 438 f.
- von Broker/Dealern 334, 365–371
- von Inlandsbanken bei Gutschrift in Wertpapierrechnung 424–438
 - – Geltung deutschen Konkursrechts bei Konkurs von Inlandsbanken 431–436
 - – Problematik der Anerkennung des deutschen Konkurses durch ausländischen Belegenheitsstaat 431–433
 - von Mitgliedsfirmen bei SEPON 248 f.
 - von Mitgliedsfirmen der ISE 248 f., 288–298, 301
- Konkurrenzschutz (s. auch Konkurs)
 - des Anlegers bei Entmaterialisierung 205 f.
 - des Anlegers bei Insolvenz einer Inlandsbank 436, 587–589
 - des Anlegers im Broker-Konkurs 365–371
- Konkursverwalter 559 f.
- Konkursvorrecht (gem. § 32 DepotG) 51 f., 195–197, 205 f., 437 f., 590
- Kontenführer (s. Account Controller)
- Kontenverbindungen 332
 - gegenseitige Kontenverbindungen i. S. d. § 5 Abs. 4 DepotG 406–409, 446 f., 456, 592
 - Problematik des Grundsatzes der *lex rei sitae* und ... 407, 456, 467–471, 478 f., 549 f.
 - Problematik der Kontenverbindungen im US-amerikanischen Recht 541–544
 - zwischen ISCC und Central Depository Ltd. Singapore 540
 - zwischen ISCC und Japan Securities Clearing Corporation 540
 - zwischen ISE und US-amerikanischen Verwahrern 494 f., 539 f.
 - zwischen NSCC und Canadian Depository for Securities 539
- Kontoauszug (s. auch Depotauszug, Initial Transaction Statement, Periodic Statement) 388
- Kontoinhaber
 - bei der Depository Trust Company 324
 - beim deutschen Kassenverein 30 f., 167
- Konvertierung 154
- Korrelat (des Herausgabeanspruchs zum Übereignungsgegenstand) 80–88, 157
- Kraftloserklärung (von Wertpapieren) 139–143
 - Beendigung der Verkörperungswirkung 402–404, 451
- Kundenwerte 100, 366
- Kursauszeichnung 36
- Lagerort (der Wertpapiere bei Gutschrift in Wertpapierrechnung) 414 f., 423, 429, 441
- Lastbuchung (s. Gegenbuchung, Verlustverteilung)
- Leerübertragung 164
- Legal Mortgage (s. Mortgage)
- Legal Ownership (s. Eigentum, rechtliches)
- Legitimation
 - des Berechtigten 191, 200, 478, 482
 - gegenüber Emittent 478, 481 f., 592 f.
- Legitimationspapier 156
- Legitimationsübertragung 325
- Legitimationswirkung
 - der Registrierung 314, 332
 - des Ausschlußurteils 141, 143
- Leistung (an Nichtberechtigten) 9
- Leistung erfüllungshalber
 - Gutschrift in Wertpapierrechnung keine Leistung erfüllungshalber 417–419
- Lex cartae sitae (s. *lex rei sitae*)
- Lex rei sitae 398–400
 - amerikanisches Kollisionsrecht 509–521
 - deutsches Kollisionsrecht
 - – Abweichungen vom Grundsatz der ... 456–561
 - – – beim internationalen Versendungskauf 459
 - – – bei *res in transitu* 457 f.
 - – – bei Transportmitteln 458 f.
 - – – in der Rechtsprechung 456 f.
 - – – Konsequenzen für den internationalen Wertpapierhandel 460 f.
 - – Bedeutung der ... für die Beendigung der Verkörperungswirkung 403
 - – bei gutgläubigem Erwerb 401 f.
 - – Entwicklungsmöglichkeiten des Grundsatzes der ... bei Verfügungen über Wertpapiere und Wertrechte 466–479
 - – – Buchung und Grundsatz der ... 468–472, 481, 548–550, 592
 - – historische Entwicklung 461–466
 - – – Berechtigung des Grundsatzes der ... bei Mobilien, insbes. Wertpapieren 464–466

- - - Entwicklung des Grundsatzes der ... bei Mobilien 462–464
- - - Grundsatz der ... bei Immobilien 461 f.
- - - Problematik gegenseitiger Kontenverbindungen und ... 407
- - - Rückwirkungen des Funktionsverlusts der Urkunde auf Grundsatz der ... 456–479, 592
- - - und Treuhand 433–436
- - - und Trust 433–436
- - - und Verpfändung der Gutschrift aus Wertpapierrechnung 444–446
- - - und Zweitverbriefung von Rechten 455
- - - englisches Kollisionsrecht 484–490, 496
- Lieferbarkeit (von Wertpapieren) 144–146, 405, 454
- Lieferliste 38 f., 62, 64, 164
- Lien 225, 266, 273, 293
- Limited Instruction (s. Instruction)
- Limited Partnership (s. Kommanditgesellschaft)
- Lumping 288
- Makler (s. Börsenmakler)
- Margin Account 344, 366
- Market Charge 298
- Marketmaker 239, 241, 379
- Market Reform Act 303
- Mark-to-the-Market Gebühren 328
- Mehrausführung 52 f.
- Midwest Clearing Corporation 323, 327, 494
- Midwest Securities Trust Company 323, 327, 494
- Mischausführung 52 f.
- Mischsammelverwaltung 65
- Mitbesitz
 - als Rechtsscheinträger 105–109, 112, 158
 - mittelbarer ... des Hinterlegers 65–88
 - Übergang des ... beim Effektengiroverkehr 61 f.
- Miteigentumsanteil (an sammelverwahrten Wertpapieren) 40–42
- Miteigentumserwerb
 - des Hinterlegers bei Einlieferung 23–30
 - des Käufers im Effektengiroverkehr 40–119
- Mitgliederregister (s. Aktienregister)
- Mitgliedschaftsrecht 8 f., 113 f., 199, 208 f., 262, 314, 357–360, 364 f., 449–451, 570–577
- Mitteilungspflicht (s. Informationspflicht, Gesellschaftsmitteilungen)
- Mobilien
 - Grundsatz der lex rei sitae 462–466
 - Mortgage 292
 - equitable 275 f., 280 f., 283 f.
 - legal 274, 276, 279–281, 283
 - Nachforschungspflicht (s. auch Redlichkeit)
 - des Emittenten bei Registrierung 317 f., 320
 - Nachlaßverwalter 311, 559 f.
 - Namensaktie 10
 - als Wertpapier 11
 - Blankoindossierung 10, 23
 - im amerikanischen Recht 306
 - im englischen Recht 215 f., 236
 - Legitimation 478
 - Sammeldepotfähigkeit 23
 - vinkulierte 23, Fn. 109
 - Namenschuldverschreibung 9 f., 11 f.,
 - im amerikanischen Recht 306
 - im englischen Recht 235 f.
 - Sammeldepotfähigkeit 22 f.
 - NASDAQ 501, 530, 534
 - National Association of Securities Dealers 327, 369, 501, 530
 - National Securities Clearing Corporation 323, 327, 494, 539
 - Nebenbesitz 78, 87, 150
 - NECIGEF 408
 - Nederlands Centraal Instituut voor Giraal Effectenverkeer B. V. 408
 - Negativverfahren 38
 - Negotiable Instrument (s. auch Inhaberpapier) 491–493
 - Initial Transaction Statement kein ... 340
 - Nettokapitalregel 368 f.
 - New York Stock Exchange 316
 - Nichtberechtigung (des Veräußerers, s. Rechtsscheinerwerb)
 - Nominee 244 f., 284, 286 f., 300, 331 f.
 - Auslandskassenverein als ... bei ausländischen Effekten 405 f.
 - Cede & Co. als ... der DTC 325 f.
 - Nostrobestand (s. Eigenbestand)
 - Notice (s. auch Constructive Notice) 335–337
 - Notierung (variable) 36, 55
 - Nutzungsrecht
 - an Aktien 225
 - an Residuals 241 f.
 - ÖKB 408
 - Österreichische Kantonalbank 408
 - Offenheitsgrundsatz (s. Offenkundigkeitsgrundsatz)
 - Offenkundigkeit
 - absolute (gegenüber der Allgemeinheit) 176 f.

- als Voraussetzung des Forderungsschutzes 210 f.
- als Voraussetzung für Treuhand 426 f., 562
- der sachenrechtlichen Zuordnung 176 f.
- relative 128 f., 427
- Offenkundigkeitsgrundsatz 50, 426–429
- Buchungen und ... 465, 472–474, 481, 492, 547–550, 592
- sachenrechtlicher 176 f., 427–429, 560
- stellvertretungsrechtlicher 426–429
- Operator 255 f., 258 f.
- Opposition (s. Oppositionsliste)
- Oppositionsgesetze (in Frankreich) 403 f.
- Oppositionsliste 137–139, 144–151, 154
 - der WM 137 f., 404, 557
 - international gehandelter Wertpapiere 138 f.
- Optionsschein 306
- Orderbuch 37
- Orderpapier 100
 - anwendbares Recht 399 f.
 - blankoindossiert 100, 120, 399 f.
 - Verpfändung 119–121
- Ordersammelsystem (s. BOSS)
- Organisationsmangel
 - beim Kassenverein 178–180, 551 f.
- Organisationsverschulden 64
- Overnight Collateral Chit 282
- Paperwork Crunch 302, 323
- Perfection 355, 357 f., 380, 382 f.
- Periodic Statement 340, 351 f., 360, 373
- Personennähe (von Veräußerer und Erwerber) 107–109
- Pfändung
 - im amerikanischen Recht 361–363
 - von Einzelurkunden 361 f.
 - von sammelverwahrten Urkunden 362
 - von unverbrieften Wertrechten 362 f.
 - Zustellung der Pfändungsmaßnahme 362 f.
 - im deutschen Recht
 - des Auslieferungsanspruchs 134
 - von Girosammelanteilen 132–134
- Pfändungs- und Überweisungsbeschluß 132 f.
 - Zustellung 132 f.
- Pfanddepot 99
- Pfandindossament 120
- Pfandrecht (s. auch Sicherungsrechte)
 - aufgrund Ziff. 14 AGB-Banken 121 f., 443
 - Bestellung
 - an Inhaberpapieren 119
 - an Orderpapieren 120 f.
 - der Verwahrbanken 93 f.
 - des Kommissionärs 57, 122, 129–132, 158, 445
 - gesetzliches 57, 129–132
 - im englischen Recht 275 f., 279, 283 f., 292
 - kein Pfandrecht der Banken bei Treuhandkonto 426, 428
 - Rechtsscheinerwerb 122–125
 - Philadelphia Depository Trust Company 323, 327
 - Pink-Sheet-Markt 502
 - Pledge (s. Pfandrecht)
 - Positivverfahren 38
 - Präklusion (s. Estoppel)
 - Primary Company Controller 256, 258 f.
 - Primary Dealer 378 f.
 - Priorität (der Wertpapiererwerber) 226 f., 284–288
 - bei Forderungszession 492 f.
 - Erwerb der Eigentümerstellung nach Common Law bei Bestehen eines Equity-Rechts 285 f.
 - Erwerb eines Equity-Rechts bei Bestehen eines (anderen) Equity-Rechts 287 f.
 - Prioritätsprinzip bei Pfändungen im amerikanischen Recht 362
 - Privatautonomie 180 f., 183, 560
 - Privity 288–291
 - Proper Instrument of Transfer (s. Übertragungsurkunde)
 - Proprietary Effects of the Contract 483–486
 - Prüfungspflicht (s. auch Redlichkeit) 135–138, 144 f., 147 f., 154
 - Publizitätsmittel
 - Besitz 101, 103, 560
 - Registereintragung 214, 560
 - Publizitätsprinzip (s. Offenkundigkeitsgrundsatz)
 - Rahmenbedingungen (aufsichtsrechtliche, s. auch Kapitalmarktregeln) 238 f., 541 f.
 - Rationalisierungseffekt 199, 548
 - Rechenschaftspflicht (des Kommissionärs) 55
 - Rechte Dritter (s. Adverse Claims)
 - Rechtsentstehung
 - bei Wertpapieren 201 f.
 - bei Wertrechten 202–204
 - Rechtsfortbildung 160–162
 - Rechtsinhaber
 - Schutz des bisherigen ... 29 f.
 - Rechtsscheinerwerb
 - bei antizipiertem Besitzkonstitut 118 f.
 - bei depotrechtlichen Sonderregelungen der Eigentumsübertragung 115
 - bei Girogutschrift Nichtberechtigung des

- Veräußerers kein Problem des . . . 440 f.
- bei Girosammelanteilen 97–113, 157–159, 546 f.
- bei Insichgeschäft 117, 119
- bei Jungscheingiroverkehr 113 f.
- bei Schuldbuchforderungen 16–21
- bei Übertragung von Einzelkunden 8–12
- bei Verpfändung von Einzelkunden 122–125
- bei Verpfändung von Girosammelanteilen 125–129, 158
- bei Zweitverbriefung 455
- des Rangs des Pfandrechts 122 f.
- im amerikanischen Recht 317, 322 f., 335–344, 547 f.
- – bei ADRs 526 f., 537 f.
- – Möglichkeiten gutgläubigen Erwerbs bei verschiedenen Übertragungsarten 342–344, 547 f.
- – Möglichkeiten gutgläubigen Erwerbs von Regierunganleihen für Kunden 384–387
- – Rechtsscheinerwerb bei Konkurrenz verschiedener Rechtsscheinträger 373–375
- kein . . . bei Beendigung der Verkörperungswirkung von Wertpapieren 402–404
- kein Rechtsscheinerwerb im CGO-System 271 f.
- Maßgeblichkeit der *lex rei sitae* 400, 484
- Maßgeblichkeit des Wertpapierrechtsstatuts 492 f.
- Möglichkeit des . . . bei Divergenz von Wertpapierrechts- und Wertpapiersachstatut 400–402
- und Estoppel 237
- Rechtsscheinlehre 201
- Rechtsscheinträger
 - im amerikanischen Recht
 - – Konkurrenz verschiedener Rechtsscheinträger 373–375
 - im deutschen Recht
 - – Besitz 101 f.
 - – Besitzverschaffungsmöglichkeit 103 f.
 - – Buchung (s. Depotbuchung)
 - – Disposition über den Besitz 103–105, 112, 158, 160, 546 f.
 - – Kaufmannseigenschaft des Verfügenden 162
 - – Registereintragung 214, 560
 - – Richtigkeitsgewähr keine Voraussetzung 171 f.
 - – Zugehörigkeit des Rechtsgeschäfts zum Betrieb des Handelsgewerbes 162
- Rechtswahl
 - im amerikanischen Recht
 - – beim Wertpapierhandel 504–506
 - – Einschränkungen 504–519
 - – Zulässigkeit für amerikanische Regierungswerte 382 f.
 - im deutschen Recht
 - – Buchungen 472
 - – Effektenhandel im Verhältnis Bank – ausländischer Vertragspartner 397
 - – Effektenhandel im Verhältnis Kunde – beauftragte Bank 392 f.
 - – – mangels Rechtswahlvereinbarung anwendbares Recht 393–397
 - – Forderungsabtretungen 475–479
 - – keine Rechtswahlmöglichkeit des Wertpapierrechtsstatuts bei Mitgliedschaftsrechten 398
 - – keine Rechtswahlmöglichkeit des Wertpapierrechtsstatuts bei Wertpapieren, die Sachenrechte verbriefen 398
 - – Rechtswahlfreiheit des Wertpapierrechtsstatuts bei Wertpapieren schuldrechtlichen Inhalts 398
 - – Treuhand 593 f.
 - – Verfügungen über bewegliche Sachen 457–461
 - – Verfügungen über Wertpapiere oder Wertrechte 464–469
 - – Verfügungsgeschäften 472–479
 - im englischen Recht
 - – Abtretungen 492, 496
 - – Schuldverschreibungen 487
 - – vertragsrechtliche Wirkungen des Sale 483 f.
- Redlichkeit (s. auch Deutscher Kassenverein AG) 104, 108 f., 174 f., 177–185, 212 f., 551 f.
 - im amerikanischen Recht 312 f., 317 f., 320, 335–337, 547 f.
 - im deutschen Recht
 - – Ausschluß redlichen Erwerbs bei Einzelkunden 135–144, 181
 - – Ausschluß redlichen Erwerbs girosammelverwarhter Wertpapiere 144–151, 181 f.
 - – Bedeutungsverlust 183–185, 212
 - – den gutgläubigen Erwerb begrenzende Funktion 184 f., 212
 - – Zurechnung der Unredlichkeit des Kassenvereins 180 f., 547, 560

- im englischen Recht 285 f.
- Regierungswerte 303, 378–388
- als unverbriefte Wertrechte 379
- Anwendbarkeit des UCC 380
- bundesrechtliche Sonderregelungen 378–381
- Fiktion eines verbrieften Wertpapiers 382–384
- Möglichkeiten gutgläubigen Erwerbs für Kunden 384–387
- rechtliche Qualifikation als Effekten i. S. d. UCC 383
- rechtliche Qualifikation als unkörperliche Gegenstände 383 f.
- rechtliche Qualifikation 381–384
- Rechtswahlvereinbarung für . . . 382
- Sicherungsrechte an . . . 380–384
- Treasury Direct System 387 f.
- Verpfändung 380–384
- zwischenstaatliches Kollisionsrecht 381–384
- Registered Pledge 359–361, 373
- Registered Securities (s. auch Namensaktie, Namensschuldverschreibung, Orderpapier)
 - im amerikanischen Recht 304–307
 - – Sammelverwahrfähigkeit 325
- Registrierung (s. auch Aktienregister, Street name) 217–219, 222–224, 314–323
 - nach dem Securities Act 498–501, 528–530, 533, 535
 - nach dem Securities Exchange Act 501 f., 530 f., 534 f.
- Regulation S 498 f., 536
- Reichsschuldbuch 15–18
- Rektapapier 311
- Renounceable Letters of Allotment 240 f.
- Rentenschein 136, 139
- Repräsentationstheorie 180
- Rescission (s. Anfechtungsrecht)
- Residuals 239–243
- Repurchase Agreement 353, 370
- Res in transitu 457 f., 485 f.
- Resolution
 - extraordinary 254
 - special 254
- Restatement Second 504 f., 510 f., 514–517
- Risikoprinzip 182, 188, 192
- Risikotragung
 - anteilige . . . der Kunden im Fall der Gutschrift in Wertpapierrechnung 420
 - der Banken 57 f., 440 f., 546, 565 f.
 - der Broker 344–350, 389, 546
 - der Clearing-Gesellschaften 328 f.
- Rolling Settlement (s. Abwicklungssystem, rollierendes)
- Rückerwerb (des Nichtberechtigten)
 - Ähnlichkeit mit Shelter-Prinzip 334 f.
 - bei Auslieferung von Wertpapieren 34
 - bei Ausgestaltung der Einlieferung als rechtsgeschäftlicher Erwerbstatbestand 556
 - bei Vorgirodepot 28
- Rückkauf 342
- Rückzahlung (s. Tilgung)
- Rule 144 A 499 f., 529 f.
- Running Account 291 f.
- Sachenrecht
 - Charakteristika (s. auch Offenkundigkeitsgrundsatz) 5, 185, 197 f., 213 f., 560
 - Geltung für Forderungen 20 f., 131
 - kollisionsrechtliche Behandlung sachenrechtlicher Rechtsverhältnisse 398–400
 - sachenrechtliche Konstruktion des Effektenwesens 357, 538, 546, 549 f., 590 f.
- Sachherrschaft
 - des Eigentümers (s. auch Eigentum) 182 f.
 - des Hinterlegers bei mittelbarem Besitz 82, 84, 86–88, 157
- Sale 483–490
 - kollisionsrechtliche Grundsätze für eigentumsrechtliche Wirkungen 484–490
 - kollisionsrechtliche Grundsätze für vertragsrechtliche Wirkungen 483 f.
- Sale Docket 244, 291
- Sammelbestand 309 f.
- Sammeldepotfähigkeit 20–23, 325, 372, 537
 - ausländischer Wertpapiere 405 f., 538 f., 543
- Sammelverwahrung (s. Girosammelverwahrung)
- Sammelverwahrfähigkeit (s. Sammeldepotfähigkeit)
- Sammelurkunde 13–15
- Satzungsbestimmung (der Gesellschaft zur Übertragung von Aktien) 217 f.
- Schadensersatzanspruch (s. auch Schadensersatzpflicht)
 - deliktische Ansprüche 206–211
 - gegen Gesellschaft im englischen Recht 229–231, 261
 - gegen Kontenführer im TAURUS-System 261
 - gegen Verkäufer im englischen Recht (bei residuals) 242 f.
 - gegen Verwahrer 193–195, 552, 558 f., 566
 - im Rahmen der Anti-Betrugsregelungen 503

- Schadensersatzpflicht
 - der an der Registrierung Beteiligten 321 f.
 - dessen, der die instruction vorlegt 323
 - dessen, der das Wertpapier vorlegt 322 f.
 - des Unterschriftsgaranten 316
- Scheinerbe 191 f.
- Schlußnote 37, 164
- Schuldnerkenntnis (abstraktes) 113, 563–566
 - Gutschrift in Wertpapierrechnung als . . . 412, 416–419
- Schuldbuch (s. Reichsschuldbuch)
- Schuldbuchforderung 15–21, 65 f., 161, 168, 197, 199
 - Einzelschuldbuchforderung 15 f.
 - gesetzliches Pfandrecht 130–132
 - rechtsgeschäftliche Verpfändung 128
 - Sammelverwaltung von Schuldbuchforderungen 17–21
- Schuldbuchgiroverkehr 16, 65 f., 554, 561
- Schuldrecht
 - grenzüberschreitende »Effektenübertragung« durch Verschaffung schuldrechtlicher Ansprüche 409–451
 - – Bedeutungsverlust von Urkunden durch . . . 410–412
 - rechtlicher Inhalt und Qualifizierung der Gutschrift in Wertpapierrechnung 412–419
 - Rechtsstellung des Kunden und Banken bei schuldrechtlichem Lieferungsanspruch 424–439
 - Übertragung des schuldrechtlichen Lieferungsanspruchs 439–442
 - Verpfändung des schuldrechtlichen Lieferungsanspruchs 442–446
 - vertragliche Ausgestaltung der Rechtsbeziehungen beim Treuhandgiroverkehr 419–424, 561–596
- Schuldstatut
 - Geltungsbereich und Regeln des Schuldstatuts für den Effektenhandel nach amerikanischem Kollisionsrecht 504–506
 - Geltungsbereich und Regeln des Schuldstatuts für den Effektenhandel nach deutschem Kollisionsrecht 392–397
 - Geltungsbereich und Regeln des Schuldstatuts für den Effektenhandel nach englischem Kollisionsrecht 483 f.
 - Maßgeblichkeit des Schuldstatuts für Treuhand 433–436
 - Maßgeblichkeit des Schuldstatuts für Trust 433–436
 - Maßgeblichkeit des Schuldstatuts für
 - Maßgeblichkeit des Schuldstatuts für Übertragung des Anspruchs aus Gutschrift in Wertpapierrechnung 439
 - Maßgeblichkeit des Schuldstatuts für Verpfändungen der Ansprüche aus Gutschrift in Wertpapierrechnung 442 f.
- Schuldversprechen (s. Schuldnerkenntnis)
- Schweizerische Effekten-Giro AG 408
- Secondary Dealer 378 f.
- Securities and Exchange Commission 303, 323
- Securities-Gesetze 318 f., 352, 497, 523
 - ADR's und . . . 523, 528–531, 533–535
 - Registrierung in street name und . . . 363–365
 - Securities Act 497–503, 523, 528–530, 533, 535
 - Securities Exchange Act 497 f., 501–503, 523, 530 f., 533–535
- Securities Information Center 336–338
- Securities Investor Protection Act (s. auch Securities Investor Protection Corporation) 302, 367–371, 390
 - Kundeneigentum 365 f.
 - Vorrang des SIPA vor Bankruptcy Code 370
 - Vorschriften zur Sicherung und Erhaltung von Kundeneigentum 367–369
- Securities Investor Protection Corporation 369–371
- Securitization 1, 3
- SEGA 408
- Selbstbestimmung 180 f.
- Selbsteintritt
 - anwendbares Recht bei Ausführung von Aufträgen im Wege des . . . 394 f.
 - der Banken beim Effektingiroverkehr 43–47, 55 f., 94, 115, 130 f.
- Selling-out 242 f.
- SEPON 244–246, 248–253
- SEPON (Australia) Pty. Ltd. 493 f.
- SEPON (South Africa) Pty. Ltd. 494
- Share (s. Aktie, im englischen Recht)
- Share Warrants to Bearer (s. Inhaberaktie)
- Shelter-Prinzip 334 f.
- Short-term Collateral (s. auch Sicherungsrechte) 278 f.
- Sicherheitsleistung (der Kontoinhaber der DTC) 324
- Sicherungsmechanismen (gegen Falschbuchungen, s. auch Depotbuchung) 163–165
- Sicherungsrechte (s. auch Pfandrecht)
 - continuation oder contango 277 f.
 - im amerikanischen Recht

- – Abgrenzung Repurchase Agreement von Sicherungsrecht 352 f.
- – Besonderheiten der Verpfändung unverbriefter Wertrechte 358–361
 - – – nachrangige Sicherungsrechte 375 f.
 - – – Registered Pledge 359–361, 373
 - – – Verpfändung einzelner unverbriefter Wertrechte 358–361
 - – – Verpfändung sammelverwahrter unverbriefter Wertrechte 361
- – Erlöschen des Pfandrechts durch Rückgabe 358, 375 f.
- – Möglichkeit des gutgläubigen, unbelasteten Erwerbs von Regierungsanleihen 384–387
 - – nachrangige Sicherungsrechte 375 f.
- – Probleme der Neuregelung von UCC § 8 356 f.
- – Rechtsfolgen der Verpfändung 357 f.
- – Verpfändung sammelverwahrter Wertpapierurkunden 356 f.
- – Verpfändung von Einzelurkunden 353–355
 - – Vorrang der Sicherungsrechte vor Ansprüchen der Anleger 368
 - im CGO-Buchungssystem 281–284
 - – Aktendarlehen 283
 - – mit kurzer Laufzeit 282 f.
 - – – Delivery by Value 282 f.
 - – – Overnight Collateral Chits 282
 - – mit langer Laufzeit 281 f.
 - – Möglichkeit der Begründung herkömmlicher Sicherungsrechte im CGO-Buchungssystem 283 f.
 - im deutschen Recht
 - – Abhängigkeit der Verpfändungswirkungen vom Wertpapiersachstatut 444–446
 - – an Gutschriften aus Wertpapierrechnung 442–446
 - – Rechtsprobleme der Verpfändung an Depotbank 443 f.
 - – Verpfändung gem. den Regeln der Forderungübertragung 442 f.
 - im TALISMAN-System 278–280
 - – Aktienleihe 279
 - – kurzfristige Sicherheit 278 f.
 - – Möglichkeit der Begründung gewöhnlicher ... im TALISMAN-System 279 f.
 - im TAURUS-System 280 f.
 - lien 225, 266, 273, 293, 384
- SICOVAM 408
- Société Interprofessionnelle pour la Compensation des Valeurs Mobilières 408
- Sold Stock Account 296
- Sold Transfer (s. Verkaufsurkunde)
- Sole Actor-Doktrin 336, 338
- Sollsaldo 195 f.
- Sonderdepot 99
- Sonderkonto 428
- Sonderverwahrung 12, 25, 31, 40 f., 47, 53, 115, 156 f., 192 f.
- Special Reserve Bank Account 367
- Specific Performance 224 f., 250 f.
- Staatspapiere (s. auch Regierungswerte)
 - im englischen Recht 240 f., 263–274
- Standing Instruction (s. Instruction)
- Statute of Frauds 344 f., 350 f.
- Stellvertretung
 - im deutschen Recht (s. auch Deutscher Kassenverein AG) 180, 567 f., 583 f.
 - – Offenkundigkeitsprinzip bei der ... 426–429
 - – Offenkundigkeit zur Unterscheidung von mittelbarer und unmittelbarer ... 426 f.
 - im amerikanischen Recht
 - – Broker kein Stellvertreter bei Eigentumserwerb des Kunden 337 f.
 - – Zurechnung der Kenntnis des Vertreters 336–338
 - im englischen Recht 231–234, 288–291
- Stempelsteuer 217 f., 244
- Steuer 217 f., 244, 319, 453, 532, 537
- Steuerrecht
 - Bedeutung der Belegenheit des Wertpapiers 447 f., 537
- Stimmkarte 157
- Stimmrechtsausübung 155–157, 225, 251, 262, 314, 326, 357, 359, 364 f., 422, 424, 453, 570–576, 585
 - bei American Depository Receipts 524–526, 531
 - bei ausländischen Wertpapieren 422, 424
 - Verpflichtung zur ... 155, 422
 - Vollmacht zur ... 155, 326, 365, 453, 570–572, 585
 - Weisungen zur ... 155, 225 f., 251, 262, 571
- Stock Clearing Corporation 323, 327
- Stock Exchange Automatic Quotation System 239
- Stock Loan (s. Aktendarlehen)
- Stock Note 247
- Stop Notice 274 f., 283 f.
- Street Name (Registrierung in) 304, 314 f., 325, 390
 - Rechtsfolgen der Registrierung in ... 363–372

- - Kommunikation zwischen Gesellschaft und wirtschaftlichem Eigentümer 363–365
- - Rechtsstellung der Kunden im Broker-Konkurs 365–371
- - Securities Investor Protection Corporation 369 f.
- - Zusicherungen des Verkäufers von Mit-eigentumsanteilen 371 f.
- Street Side Settlement 326–329, 344
- Streifbandverwahrung (s. Sonderverwahrung)
- Stückenummer 41
- Stückverzeichnis 47, 411, 418
- Summary Judgement 336 f.
- Surrogat
 - Fortsetzung des Sicherungsrechts an 356 f.
- Surrogationserwerb
 - im englischen Recht 220, 288, 294 f.
 - gesetzlicher 23 f., 145 f., 191
 - rechtsgeschäftlich vermittelter 27–29, 34
- Surrogationspfandrecht 445
- Surrogationsverbot 589 f.
- Tafelgeschäft 200, 584
- TALISMAN-System 239–241, 243–253, 299–301, 539, 546
 - einbezogene Werte 243 f.
 - Grundsätze der Priorität 284–288
 - - Erwerb der Eigentümerstellung nach Common Law bei Bestehen eines Equity-Rechts 285 f.
 - - Erwerb eines Equity-Rechts bei Bestehen eines Equity-Rechts 287 f.
- insolvenzrechtliche Sonderregelungen 297 f.
- Privity 290 f.
- Vermischung von Kundenwerten 296 f.
- Zeitpunkt des Übergangs der wirtschaftlichen Eigentümerstellung bei Broker/Dealer, der für Käufer und Verkäufer tätig 293 f.
- Talon (s. auch Erneuerungsschein) 136
- TAURUS 253–263, 299–301, 545 f., 558
 - Grundsätze der Priorität 284–288
 - - Erwerb der Eigentümerstellung nach Common Law bei Bestehen eines Equity-Rechts 285 f.
 - - Erwerb eines Equity-Rechts bei Bestehen eines Equity-Rechts 287 f.
- insolvenzrechtliche Sonderregelungen 297 f.
- mitgliedschaftliche Pflichten 262 f.
- Mitgliedschaftsrechte 262
- Privity 290 f.
- Typen von Wertrechtskonten 255–258
- Übertragung der verbuchten Werte 258 f.
- Vermischung von Kundenwerten 296 f.
- Voraussetzungen der Teilnahme 254 f.
- wesentliche Kennzeichen 260 f.
- Zeitpunkt des Übergangs der wirtschaftlichen Eigentümerstellung bei Broker/Dealer, der für Käufer und Verkäufer tätig 293 f.
- Teilberechtigung (an Urkunden) 139
- Teilbesitz 83
- Teilgläubigerschaft 86
- Telefonhandel 239, 409
- Testamentsvollstrecker 232, 311, 559 f.
- Ticket 240 f.
- Tilgung 273 f., 410
- Tracing 220, 288, 294 f., 590
- Trade Accounting and Reconciliation System 327
- Trade-for-Trade Settlement 329
- Trading Account 296
- Transfer Agent 318 f., 321 f., 324–326
- Transportmittel 458 f.
- Treasury Direct System 387 f.
- Treugut
 - Gutschrift in Wertpapierrechnung als ... 429 f.
- Treuhand 264 f.
 - Ermächtigungstreuhand 17, 551–560
 - fiduziarische Treuhand 479, 550, 560–596
- Treuhandabrede
 - quasi-dingliche Wirkungen 426 f., 562
- Treuhandeigentum
 - Voraussetzungen 425–429
 - - Bestimmtheit des Treuguts 427–429
 - - Offenkundigkeitserfordernis 426 f., 562
 - - Unmittelbarkeitsprinzip 425 f., 562 f.
 - kollisionsrechtliche Behandlung 433–436, 593 f.
 - - Haager Übereinkommen über das auf Trusts anzuwendende Recht 435 f.
 - quasi-dingliche Wirkungen 426 f., 562
- Treuhandgiroverkehr 410–451, 561–596
- Treuhandkonto 424, 428
- Treuhänder (s. auch Trustee) 220, 341 f.
 - Auslandskassenverein als ... bei ausländischen Wertpapieren 405 f., 454
 - Kassenverein als ... 561–596
- Trust (s. auch Treuhand) 220, 245, 248, 262, 272, 364
 - Constructive Trust 294 f.
 - Erwerb der Eigentümerstellung nach Common Law bei Bestehen eines ... 285 f.

- Erwerb eines Equity-Rechts bei Bestehen eines . . . 287 f.
- kollisionsrechtliche Behandlung 433–436
- . . . und Wertpapiersachstatut 490, 517 f.
- Trustee (s. auch Treuhänder) 220, 225, 245, 367 f., 436
- Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den Internationalen Warenkauf 392
- Übergabe (s. Eigentumsübertragung)
- Übernahmeangebot 154, 422 f.
- Übertragung (s. Eigentumsübertragung)
- Übertragungsurkunde 216–219, 223 f., 228, 230–234, 236, 266 f.
- Übertragungsvermerk (im Depotbuch) 47 f.
- Umbuchung (s. auch Depotbuchung) 3 f.
- Umschreibung (s. auch Depotumschreibung)
 - von Wertpapieren durch den Emittenten 313
- Umtauschangebot 154, 422 f.
- Umwandlung(srecht) 242, 273, 453
- Uniform Commercial Code 302 f.
- United States Postal Service 380
- Unmittelbarkeitsprinzip 425 f., 429 f., 562 f., 588
- Unredlichkeit (s. Redlichkeit)
- Unterschriftsgarantie (s. auch Garantie, Zusicherung) 316
- Unverbrieftes Wertpapier (s. Wertrecht)
- Urkunde (s. Wertpapierurkunde)
- Veranlassungsprinzip 182
- Verantwortlichkeit (s. Haftung, Schadensersatzanspruch, Schadensersatzpflicht)
- Veräußerer
 - Person des . . . beim Effektingiroverkehr 42–46
- Veräußerungsverbot 143, 151
- Verbriefung (s. auch Zweitverbriefung) 1, 198–200
 - Bedeutung der Belegenheit des Papiers 446–451
 - elektronische 198
 - keine Verbriefung dinglicher Rechte ohne gesetzliche Grundlage 454
- Verdinglichung (von Forderungsrechten) 19 f.
- Vergütungsgefahr (im Fall der Gutschrift in Wertpapierrechnung) 420–422
- Verfall 276
- Verfolgungsrecht (s. Tracing)
- Verfügender 109–111
- Verfügung 110
 - rechtswidrige (s. auch Fehlbestand, Rechtsscheinerwerb, Vermischung) 284–288, 294–297, 545 f., 568–570
- Verfügungsbefugnis 109–111, 178, 212
 - gesetzliche 546, 558–560
 - rechtsgeschäftliche 551–557
 - Mißbrauch 551 f.
- Verfügungsermächtigung (s. Verfügungsbeugnis)
- Verkaufsprospekt-Gesetz 2
- Verkaufs(übertraungs)urkunde 244, 247, 249, 253
- Verkehrsgeschäft 107–109, 556
- Verkehrsschutz (s. auch gutgläubiger Erwerb, Rechtsscheinerwerb) 5, 90 f., 113–115, 117–119, 172, 174, 185, 197 f., 213 f., 547 f., 557, 579–584, 590 f.
 - Bedeutung für den Grundsatz der *lex rei sitae* 463, 465, 474, 481, 486, 492
 - Bedeutung im englischen Recht 220–222
 - durch Einwendungsausschluß 564–566
 - Notwendigkeit 159, 162, 197, 546, 550, 596
- Verkörperung (s. auch Verbriefung) 198–201, 402–404, 406
- Verlust (von Wertpapieren) 134–151, 307
- Verlustanzeige
 - Bundesanzeiger 136, 144
 - WM 137 f.
- Verlustumlage (s. Verlustverteilung)
- Verlustverteilung
 - bei belastenden Gegenbuchungen 185 f.
 - bei fehlenden belastenden Gegenbuchungen 187–190
 - TAURUS-System 261
 - verhältnismäßige 185–190, 192, 212
- Vermengung (s. Vermischung)
- Vermischung (von Kundenwerten) 294–297
- Vermischungstheorie 24
- Vernichtung (der Wertpapierurkunde) 140
- Verpfändung (s. auch Pfandrecht, Sicherungsrechte)
 - des Auslieferungsanspruchs 127–129
 - des schuldrechtlichen Anspruchs bei Gutschrift in Wertpapierrechnung 442–446
 - gem. Ziff. 14 AGB-Banken 121 f.
 - von Inhaberpapieren 119
 - von Orderpapieren 120 f.
- Verpfändungsanzeige 120 f., 127–129
- Verschuldensprinzip 182
- Versendungskauf (internationaler) 459 f.
- Versicherungsaufsichtsgesetz (Bedeutung der Belegenheit des Wertpapiers) 446 f.
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter 193 f.

- Vertragstheorie
 - bei der Einlieferung von Wertpapieren in Sammelverwahrung 24
 - bei der Rechtsentstehung bei Wertpapieren 201
- Vertretbarkeit (der Wertpapiere, s. Sammeldepotfähigkeit)
- Verwahrung
 - Auslandsverwahrung 406–451
 - – Anerkennung des deutschen Konkurses durch ausländischen Belegenheitsstaat 431–433
 - – im Heimatland (des Wertpapiers) 479, 522, 527, 538–540, 550, 594 f.
 - Inlandsverwahrung 405 f., 550
 - unregelmäßige 85
- Wahrungsbuch (s. Depotbuch)
- Verwahrungskosten 94
- Verwahrungsvertrag 72, 74–76, 85–87, 413 f., 545
- Verwaltungskosten 94
- Verwertung
 - gepfändeter Girosammelanteile 134
- Vier-Augen-Prinzip 39, 165
- Vindikationsanspruch 89
 - als gesondert abtretbarer Anspruch 89 f.
- Vollstreckungsschutz (des Anlegers bei Entmaterialisierung) 205
- Vorgirodepot 25, Fn. 120
- Vorlegung (der Wertpapierurkunde) 143, 315, 342, 482, 585
- Vorlegungsfrist (der Wertpapierurkunde) 143, 342
- Vormund 311
- Warranty (s. Zusicherung)
- Weisung 312
- Weiterübertragung (des Eigentums von Bank an Kunde) 114–119
- Weiterverweisung 485, 506
- Wertpapier (s. auch Inhaberaktie, Inhaberpapier, Inhaberschuldverschreibung, Namensaktie, Namensschuldverschreibung, Orderpapier, Wertrecht)
 - Definition 11 f., 20, 584 f.
 - deklaratorisches 9, 114, 199 f.
 - konstitutives 9, 199 f.
- Wertpapieraufstellung (s. Depotaufstellung, Depotauszug)
- Wertpapierbereinigungsverfahren 92
- Wertpapierdienstleistungsrichtlinie 2
- Wertpapier-Handelsfirmen 31, 167
- Wertpapier-Makler 31, 167
- Wertpapiermarkt 1
- Wertpapiermitteilungen (Oppositionsliste, Verlustanzeige an die . . .) 137–139, 181
- Wertpapierrechnung (Gutschrift in) 411 f.
 - als abstraktes Schuldanerkennnis 416 f.
 - als begrenzte Gattungsschuld 415 f.
 - als Treugut 429 f.
 - keine Leistung erfüllungshalber 417–419
 - rechtlicher Inhalt und Qualifizierung der Gutschrift in . . . 412–419
 - Rechtsstellung des Kunden und der Banken 424–439
 - – Vollstreckungen gegen Inlandsbanken 424–438
 - – Vollstreckungen gegen verwahrende Auslandsbanken 438 f.
 - – Übertragung des Anspruchs aus Gutschrift in . . . 439–442
 - Verpfändung des Anspruchs aus Gutschrift in . . . 442–446
 - Wertpapierverwaltung bei Gutschrift in . . . 422–424
 - – im Verhältnis Kunde – Kreditinstitut 422
 - – im Verhältnis Kreditinstitut – AKV 423 f.
- Wertpapierrechtsstatut 549 f.
 - amerikanisches Kollisionsrecht 506–511, 518 f., 537 f.
 - deutsches Kollisionsrecht 397 f.
 - – Maßgeblichkeit für Verkörperung der verbrieften Rechte 454, 479
 - – Maßgeblichkeit für Schuldnerschutz 478
 - englisches Kollisionsrecht 487–490, 492 f., 495–497
- Wertpapiersachstatut
 - Abhängigkeit der Verpfändungswirkungen vom . . . 444–446
 - amerikanisches Kollisionsrecht 509–521
 - deutsches Kollisionsrecht 399 f.
 - Divergenzen von Wertpapierrechts- und . . . 400–404
 - englisches Kollisionsrecht 487–490, 495
- Wertpapiersammelbank (s. für das deutsche Recht auch Deutscher Kassenverein AG)
 - amerikanisches Recht (s. auch Depository Trust Company, Clearing-Gesellschaft) 323 f.
 - deutsches Recht 21 f.
 - englisches Recht 243
- Wertpapierscheck 63, 128 f., 165
- Wertpapierübertragung (s. Eigentumsübertragung, grenzüberschreitende Wertpapierübertragung)

- Wertpapierkunde (s. auch Wertpapier)
- Bedeutung
 - für den Bestand des verbrieften Rechts 135
 - für die Ausübung des verbrieften Rechts 11 f., 135
 - Bedeutungsverlust bei der
 - Übertragung 21 f., 40–119, 157–159
 - Wertpapierverwaltung 153, 156 f.
 - Vorlegung 143
 - Wertpapierverpflichtung 201
 - Wertpapierverwaltung 4, 151–157, 554 f.
 - bei Abwicklung des Effektengiroverkehrs auf treuhandrechtlicher Grundlage 570–578, 594–596
 - bei ausländischen (Original-)Wertpapieren 409 f., 550
 - im Verhältnis zwischen Kunde und Kreditinstitut 422
 - im Verhältnis zwischen Kreditinstitut und AKV 423 f.
 - bei Zweitverbriefung 453, 550
 - bei Zweitverbriefung in ADR's 523 f., 525 f., 531 f., 535–537
 - Wertrecht
 - amerikanisches Recht 303 f., 307, 548
 - Angleichung der rechtlichen Behandlung verbrieft u. unverbrieft Werte bei Sammelverwahrung 378
 - Belastung des Emittenten 373
 - Besonderheiten der Registrierung 315, 320 f.
 - Initial Transaction Statement 320 f., 338–343, 360 f., 506
 - kollisionsrechtliche Behandlung 506, 509, 519–521, 542 f.
 - nachrangige Sicherungsrechte 375 f.
 - Nachteile 372 f.
 - Konkurrenz verschiedener Rechtscheinträger 373–375
 - Periodic Statement 340, 351 f., 360, 506
 - Pfändung 362 f., 520
 - Probleme und Rechtsfolgen bei Übertragung 372–378
 - Übertragung 309 f., 332–344
 - unterschiedliche rechtliche Behandlung verbrieft u. unverbrieft Werte 376–378
 - Verpfändung 358–361
 - einzelner Wertrechte 358–361
 - Registered Pledge 359–361, 373
 - sammelverwahrter unverbrieft Wertrechte 361
 - Zusicherung des die instruction Vorlegenden 323
 - Zusicherung des Verkäufers 348 f.
 - deutsches Recht 4, 15, 198–211
 - Wertrechtslehre (von Opitz) 19, 114
 - Wertrechtsregister 203 f.
 - Wertrechtsverpflichtung 202–204
 - Withdrawal Consent Docket 267
 - Zahlungsabwicklung 241, 246–249, 269, 328–330, 494
 - Übernahme der Zahlungsverpflichtungen (s. auch Garantie) 248 f., 264 f., 294, 328 f., 344, 546
 - Zahlungssperre 137, 143 f., 154
 - Aufhebung 143 f., 149
 - Beendigung der Verkörperungswirkung 402–404
 - Zentralverwahrer (s. auch Depository Trust Company, Deutscher Kassenverein AG, SEPON, TALISMAN) 3, 545
 - Zentralverwahrsystem 3, 21 f., 545
 - Zession
 - internationalprivatrechtliche Grundsätze 474–479, 492 f., 549 f.
 - Legalzession 477
 - Rechtswahlmöglichkeit 475–478, 481, 550
 - Schuldnerschutz 475–479, 481, 550
 - Zessionsgrundstatut 476
 - Zinsen 242, 251, 262, 273, 325 f., 410, 422, 424
 - Konkursvorrecht an . . . 438, 587–589
 - Treuhandeigentum an . . . 438, 587–589
 - Zinsschein 136, 139, 152–154, 422
 - Zugriffsmöglichkeit (des Eigentümers) 88, 183, 450
 - Zurückbehaltungsrecht
 - der Verwahrbanken 93 f.
 - kein Zurückbehaltungsrecht der Banken bei Treuhandkonto 426, 428
 - Zusicherung
 - bei der Veräußerung eingeschalteter Dritter 349 f.
 - dessen, der die Registrierung beantragt 322 f.
 - des Verkäufers von Miteigentumsanteilen 371 f., 390
 - des Verkäufers von Wertpapieren 347 f.
 - des Verkäufers von Wertrechten 348 f.
 - Zuteilung (der Wertpapiere) 249
 - Zuteilungsschein 251
 - Zwangsgiro (s. Dauerglobalkunde)
 - Zweites Finanzmarktförderungsgesetz (s. Finanzmarktförderungsgesetz)

- Zweitverbriefung (von Wertpapieren)
451–455
- durch American Depositary Receipts (s. dort) 522–539
 - durch Globalurkunde 451 f.
 - Inhalt der zweitverbrieften Rechte 452–454
- keine Verbriefung dinglicher Rechte ohne gesetzliche Grundlage 454, 537 f.
 - Rechtsfolgen 455
 - Sammelzertifikatsbedingungen 453
 - Wertpapierverwaltung 453
 - Zwischenverwahrer 25, 30 f.

